

## Anlage zu VV Nr. 6.4 zu § 44 LHO

### Baufachliche Ergänzungsbestimmungen zu den Allgemeinen Verwaltungsvorschriften zu § 44 LHO (EZBau)

#### Inhalt:

- Nr. 1 Allgemeines
- Nr. 2 Aufgaben der fachlich zuständigen Landesbauverwaltung
- Nr. 3 Beratung bei der Vergabe der Leistungen/Bauleistungen
- Nr. 4 Mitwirkung bei der Vorbereitung des Antrages
- Nr. 5 Beratung bei der Aufstellung der Antrags- und Bauunterlagen
- Nr. 6 Festlegung des Umfangs der Antrags- und Bauunterlagen
- Nr. 7 Baufachliche Prüfung der Bauunterlagen hinsichtlich Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit sowie Angemessenheit der Kosten
- Nr. 8 Überprüfung der Bauausführung hinsichtlich Überwachung der zweckentsprechenden Mittelverwendung
- Nr. 9 Baufachliche Prüfung des Verwendungsnachweises
- Nr. 10 Vereinfachte Beteiligung der fachlich zuständigen Landesbauverwaltung

#### Anlagen:

- Baufachliche Nebenbestimmungen (NBest-Bau)
- Muster 1 Prüfvermerk (Verwendung freigestellt)
- Muster 2 Verwendungsnachweis
- Muster 3 Zwischennachweise

## 1 Allgemeines

- 1.1 Die Bewilligung und Zahlung von Zuwendungen des Landes an Stellen außerhalb der Landesverwaltung für die Durchführung von Baumaßnahmen sowie der Nachweis der Verwendung der Mittel und die Prüfung ihrer Verwendung regeln sich nach den Allgemeinen Verwaltungsvorschriften zur Landshaushaltsordnung (VV-LHO) für Zuwendungsbaumaßnahmen (VV Nr. 6 zu § 44 LHO) und nach der Brandenburgischen Richtlinie für die Durchführung von Zuwendungsbaumaßnahmen (BbgRZBau), eingeführt durch den Erlass des Ministeriums der Finanzen (MdF) vom 28. November 2014. Das gilt auch für Baumaßnahmen im Rahmen institutioneller Förderung.

Bei mit Bundesmitteln geförderten Baumaßnahmen sind grundsätzlich die Richtlinien für die Durchführung von Zuwendungsbaumaßnahmen (RZBau) des Bundes anzuwenden.

Bei mit Mischfinanzierung (Bundes- und Landesmitteln) geförderten Baumaßnahmen sind die RZBau des Bundes anzuwenden, es sei denn, im Land Brandenburg sind darüber hinausgehende Re-

gelungen (beispielsweise eine niedrigere Wertgrenze zur verpflichtenden Beteiligung der fachlich zuständigen Landesbauverwaltung) eingeführt. In diesen Fällen ist die BbgRZBau anzuwenden.

Die fachlich zuständige Landesbauverwaltung im Sinne dieser Richtlinie ist der Brandenburgische Landesbetrieb für Liegenschaften und Bauen (BLB) als bei Zuwendungsbaumaßnahmen beratende, baufachlich prüfende, baufachlich begleitende und überprüfende Ebene.

Dem BLB kommt eine beratende und unterstützende Funktion in baufachlichen Fragen zu.

Das MdF ist Dienst- und Fachaufsichtsbehörde über den BLB, es kann im Einzelfall dem BLB Weisungen über Art und Umfang seiner Tätigkeit erteilen (Nummer 5 des Erlasses über die Errichtung des Brandenburgischen Landesbetriebes für Liegenschaften und Bauen vom 22. Dezember 2005 und § 5 Absatz 5 der Betriebsanweisung für den Brandenburgischen Landesbetrieb für Liegenschaften und Bauen [Anlage zum Errichtungserlass vom 22. Dezember 2005, ABI. S. 1130]).

- 1.2 Abweichungen von diesen Baufachlichen Ergänzungsbestimmungen für Zuwendungsbaumaßnahmen (EZBau) sind nur im Einvernehmen mit dem für Landesbaumanagement fachlich verantwortlichen Ministerium der Finanzen (MdF) und - soweit der Verwendungsnachweis betroffen ist - mit dem Landesrechnungshof (LRH) zulässig.

- 1.3 Die Bewilligungsbehörden beteiligen den BLB als fachlich zuständige Landesbauverwaltung unmittelbar. Der BLB ist ab dem Koordinierungsgespräch (siehe jeweils die Nummer 3 der Kapitel Verfahrensablauf und Verfahrensregeln in der Brandenburgischen Richtlinie für die Durchführung von Zuwendungsbaumaßnahmen) zu beteiligen, so dass er die in Nummer 2 EZBau genannten Aufgaben ordnungsgemäß erfüllen kann.

- 1.4 Die Bewilligungsbehörde unterrichtet den Antragsteller über Art und Umfang der Beteiligung des BLB als fachlich zuständige Landesbauverwaltung.

## 2 Aufgaben der fachlich zuständigen Landesbauverwaltung

Aufgaben, die dem BLB als fachlich zuständige Landesbauverwaltung in der Regel übertragen werden sollen, sind:

- Beratung bei der Vergabe der Leistungen/Bauleistungen (vergleiche Nummer 3)
- Mitwirkung bei der Vorbereitung des Antrages (vergleiche Nummer 4)

<ul style="list-style-type: none"> <li>- Beratung bei der Aufstellung der Antrags- und Bauunterlagen (vergleiche Nummer 5)</li> <li>- Festlegung des Umfangs der Antrags- und Bauunterlagen (vergleiche Nummer 6)</li> <li>- Baufachliche Prüfung der Bauunterlagen (vergleiche Nummer 7)</li> <li>- Überprüfung der Bauausführung hinsichtlich Überwachung der zweckentsprechenden Mittelverwendung (vergleiche Nummer 8)</li> <li>- Prüfung des Verwendungsnachweises (vergleiche Nummer 9)</li> </ul> <p>Der Verwendungsnachweis kann in der Regel baufachlich vom BLB nur geprüft werden, wenn dem BLB auch die in den Nummern 6, 7 und 8 genannten Tätigkeiten übertragen wurden.</p> <p>Soweit ausnahmsweise weitere Leistungen vom BLB gefordert werden, ist der Umfang dieser Leistungen vorher mit ihm zu vereinbaren.</p>	<p><b>6 Festlegung des Umfangs der Antrags- und Bauunterlagen</b></p> <p>Der BLB als fachlich zuständige Landesbauverwaltung bestimmt die Art und den Umfang der für das Bewilligungsverfahren einzureichenden Antrags- und Bauunterlagen. Diese bestehen gemäß § 24 Absatz 1 LHO im Allgemeinen aus folgenden Unterlagen:</p>
<p><b>3 Beratung bei der Vergabe der Leistungen/Bauleistungen</b></p> <p>Der BLB als fachlich zuständige Landesbauverwaltung berät die Zuwendungsempfänger bei Vergaben nach der Vergabeordnung für freiberufliche Leistungen (VOF), der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen (VOB), der Vergabe- und Vertragsordnung für Leistungen (VOL) und im Bedarfsfall bei der Durchführung eines Planungswettbewerbes nach der Richtlinie für Planungswettbewerbe (RPW) (in der vom Land eingeführten Fassung).</p> <p>Die Bewilligung der Zuwendung kann versagt werden, wenn die Vergabevorschriften des Landes (zum Beispiel VOF, VOB, VOL, RPW) nicht eingehalten werden.</p>	<p>6.1 Zur Festlegung des Bedarfs, einer Kostenobergrenze und für die Veranschlagung im Haushalt sind bei Maßnahmen nach VV Nr. 6 zu § 44 LHO und bei Maßnahmen nach § 24 Absatz 4 LHO mindestens die Unterlagen nach den Nummern 6.1.1 bis 6.1.9 vorzulegen.</p> <p>6.1.1 Bedarfsbeschreibung des Nutzers</p> <p>6.1.2 von der Bewilligungsbehörde anerkannter Stellenplan und anerkanntes Raumprogramm mit qualitativen Bedarfsanforderungen als Anforderungsraum- buch</p> <p>6.1.3 Variantenuntersuchungen zur Bedarfsdeckung</p> <p>6.1.4 angemessene Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen (§ 7 LHO)</p> <p>6.1.5 Konzeptplanung (Grundlagenermittlung und Teile der Vorplanung)</p> <p>6.1.6 baufachliche Bewertung des Grundstückes und vorhandener baulicher Anlagen</p> <p>6.1.7 Kostenschätzung (zum Beispiel auf Basis von Kostenkennwerten)</p> <p>6.1.8 Gesamtbeurteilung/Erläuterungsbericht inklusive Schätzung der nach Fertigstellung entstehenden jährlichen Haushaltsbelastungen (Baunutzungskosten)</p> <p>6.1.9 Terminplan für die Baumaßnahme</p>
<p><b>4 Mitwirkung bei der Vorbereitung des Antrags</b></p> <p>Der BLB als fachlich zuständige Landesbauverwaltung ist durch die Bewilligungsbehörde an den für die Antragstellung erforderlichen Vorbesprechungen - insbesondere bei der Wirtschaftlichkeitsbetrachtung, der Beurteilung des Raumprogramms, der Nutzbarkeit der Liegenschaft, der Vorentwurfsplanung, der Kostenermittlung etc. - zur Klärung von baufachlichen Fragen angemessen zu beteiligen.</p>	<p>6.2 Planunterlagen</p> <p>6.2.1 von der Bewilligungsbehörde anerkannter Bau- sowie Stellen- und Raumbedarfsplan</p> <p>6.2.2 Übersichtsplan (Maßstab 1 : 5000)</p> <p>6.2.3 Lageplan des Bauvorhabens (mindestens Maßstab 1 : 1000) mit Darstellung der Erschließungs- und Außenanlagen</p>
<p><b>5 Beratung bei der Aufstellung der Antrags- und Bauunterlagen</b></p> <p>Soweit es die Baumaßnahme erfordert, ist der BLB als fachlich zuständige Landesbauverwaltung zur Erzielung einer wirtschaftlichen und zweckmäßigen Planung zu beteiligen.</p>	<p>6.2.4 Vorentwurfs- und/oder Entwurfszeichnungen, die Art und Umfang des Bauvorhabens prüfbar nachweisen, einschließlich der Untersuchung von alternativen Lösungsmöglichkeiten nach gleichen Anforderungen (maßstäbliche Strichskizzen)</p>

- 6.2.5 bauaufsichtliche oder sonstige Genehmigungen (Vorbescheide genügen)
- 6.3 Erläuterungsbericht  
Er soll Auskunft geben über:
- 6.3.1 Veranlassung und Zweck der geplanten Baumaßnahme, Raumbedarf, Kapazität, Nutzung (gegebenenfalls Hinweise auf entsprechende Gesetze, Verordnungen, Richtlinien oder veranlassende Schreiben, die im Abdruck beizufügen sind), Benennung des künftigen Eigentümers, Baulastträgers, Betreibers oder Nutznießers der Anlage
- 6.3.2 Lage und Beschaffenheit des Baugeländes, Eigentumsverhältnisse, Rechte Dritter, Entschädigung und dergleichen
- 6.3.3 Bau- und Ausführungsart mit Erläuterungen der baulichen, der ver- und entsorgungstechnischen, maschinentechnischen, elektrotechnischen und anderen Anlagen und Einrichtungen, Bevorratungen, zugrunde liegenden technischen Vorschriften, zur künstlerischen Ausgestaltung sowie zur Nachhaltigkeit der Planung unter anderem mit Begründung der Wirtschaftlichkeit bei mehreren Lösungsmöglichkeiten
- 6.3.4 Gesamtkosten der Baumaßnahme mit Kostenangabe, für die die Zuwendung beantragt wird
- 6.3.5 Bauzeitenplan und Baumittelbedarf in den einzelnen Haushaltsjahren
- 6.3.6 vorgesehene Abwicklung der Baumaßnahme (Vergabe und Ausführung), Stand der bauaufsichtlichen und sonstigen Genehmigungen und so weiter
- 6.3.7 im Bedarfsfall zu erwartende Vermögensvorteile (Vorteilsausgleiche) beziehungsweise Vermögensnachteile
- 6.3.8 etwaige Leistungen und Verpflichtungen sowie eventuell Rückflüsse nach den Gesetzen, Ortsstatuten und sonstigen Satzungen (zum Beispiel Versorgungsanlagen)
- 6.4 Kostenermittlung
- 6.4.1 Kostenberechnung  
  
Die Kosten sind für Hochbauten nach DIN 276 „Kosten im Bauwesen“ (in der vom Land eingeführten Fassung) - für andere Bauten entsprechend - und gegebenenfalls nach Bauobjekten/Bauabschnitten unterteilt zu ermitteln.  
  
Die Kosten, für die eine Zuwendung beantragt wird, sind gesondert auszuweisen. Als Anlage sind, soweit erforderlich, Kostenaufschlüsselungen oder Berechnungen anderer Art, deren Ergebnisse der Kosten-
- berechnung zugrunde gelegt wurden, beizufügen (zum Beispiel auf Grundlage von Kostenkennwerten beziehungsweise Vergleichsobjekten).
- 6.4.2 Planungs- und Kostendatenblatt
- 6.5 Flächen- und Rauminhaltsberechnungen
- 6.5.1 Berechnungen der Flächen (nach Flächenart gegliedert) nach DIN 277 „Grundflächen und Rauminhalte von Bauwerken im Hochbau“ (in der vom Land eingeführten Fassung)
- 6.5.2 Berechnung der Rauminhalte nach DIN 277
- 6.5.3 Wohnflächenberechnung nach Wohnflächenverordnung (WoFlV), soweit erforderlich
- 6.5.4 gegebenenfalls Analyse der Nutzbarkeit der Bestandsflächen
- 6.5.5 Berechnung der Flächen der Außenanlagen (nach Gestaltungsqualität gegliedert)
- 6.5.6 Gegenüberstellung (Soll-Ist-Vergleich) der geforderten und der geplanten Nutzflächen
- 6.6 Angemessene Wirtschaftlichkeitsuntersuchung (gemäß § 7 LHO)
- 7 Baufachliche Prüfung der Bauunterlagen**
- 7.1 Voraussetzung für die baufachliche Prüfung ist:
- a) der von der Bewilligungsbehörde anerkannte Stellen- und Raumbedarfsplan und
- b) die Vollständigkeit der vom Antragsteller vorzulegenden Antrags- und Bauunterlagen nach Nummer 6.
- Die Bewilligungsbehörde hat den Antragsteller zur Vervollständigung seiner Antrags- und Bauunterlagen aufzufordern.
- Werden die in dieser Nummer genannten Voraussetzungen nicht erfüllt, können die Antrags- und Bauunterlagen vom BLB zurückgewiesen werden.
- 7.2 Die Prüfung ist stichprobenweise (siehe Anhang 13 BbgRZBau) vorzunehmen und erstreckt sich auf:
- 7.2.1 die Wirtschaftlichkeit, Sparsamkeit und Zweckmäßigkeit der Planung und Konstruktion und
- 7.2.2 die Angemessenheit der Kosten.
- 7.3 Das Ergebnis der Prüfung ist in einer baufachlichen Stellungnahme niederzulegen und als Prüfvermerk (gegebenenfalls nach Muster 1 EZBau) dem Antrag beizuheften.

- Es muss ersichtlich sein, welche Kosten nicht geprüft worden sind. Die Bauunterlagen und die Kostenberechnung erhalten einen Sichtvermerk. In der Stellungnahme sind die erforderlichen baufachlichen Auflagen an den Zuwendungsempfänger und im Kostenprüfblatt die aus baufachlicher Sicht förderfähigen Kosten so zusammenzufassen, dass sie von der Bewilligungsbehörde weitgehend unverändert in den Zuwendungsbescheid aufgenommen werden können.
- 7.4 Erhebliche Abweichungen von den der Bewilligung zugrunde liegenden Bauunterlagen bedürfen vor ihrer Ausführung ebenfalls der baufachlichen Prüfung; Nummern 7.1 bis 7.3 gelten sinngemäß.
- 8 Überprüfung der Bauausführung hinsichtlich der Einhaltung der baufachlichen Bedingungen und Auflagen und Überwachung der sparsamen und zweckentsprechenden Mittelverwendung**
- 8.1 Die Bewilligungsbehörde leitet dem BLB als fachlich zuständiger Landesbauverwaltung unverzüglich einen Abdruck des Zuwendungsbescheides zu.
- 8.2 Der BLB berät den Zuwendungsempfänger bei der operativen Durchführung der Baumaßnahme (vergleiche Nummer 3).
- 8.3 Der BLB überprüft während der Bauausführung stichprobenweise die Einhaltung der baufachlichen Bedingungen und Auflagen und die bestimmungsgemäße Verwendung der Zuwendungsmittel. Das Ergebnis ist aktenkundig zu machen.
- 8.4 Zuwendungsgeber und BLB können vereinbaren, dass der BLB bei den Mittelanforderungen mitwirkt. Aufgabe des BLB ist dabei, die Höhe der Mittelanforderung anhand des tatsächlichen Baufortschrittes und des Bauausgabebuches zu überprüfen, um zu verhindern, dass Zuwendungen vorzeitig ausgezahlt werden.
- 9 Baufachliche Prüfung des Verwendungsnachweises**
- 9.1 Der BLB als fachlich zuständige Landesbauverwaltung prüft nach Fertigstellung der Baumaßnahme den Verwendungsnachweis in baufachlicher Hinsicht. Dabei überprüft der BLB die Übereinstimmung der Angaben im Verwendungsnachweis mit der Baurechnung und der Örtlichkeit stichprobenweise. Der Verwendungsnachweis erhält einen Prüfvermerk (Muster 2 EZBau).
- Die Prüfung ist unverzüglich (VV Nr. 11 zu § 44 LHO) nach Eingang der vollständigen Unterlagen durchzuführen.
- 9.2 Voraussetzung für die baufachliche Prüfung ist die Vollständigkeit der vom Zuwendungsempfänger vorzulegenden Anlagen zum zahlenmäßigen Nachweis (vergleiche Nummer 3 der Baufachlichen Nebenbestimmungen [NBest-Bau]).
- 9.3 Die Prüfung ist stichprobenweise vorzunehmen.
- 9.4 Die bei der baufachlichen Prüfung getroffenen Feststellungen sind in einer dem Verwendungsnachweis beizufügenden ergänzenden baufachlichen Stellungnahme (Prüfvermerk zum Verwendungsnachweis) festzuhalten.
- Der Verwendungsnachweis ist umgehend an die mit der verwaltungsmäßigen Prüfung betraute Bewilligungsbehörde weiterzuleiten.
- 9.5 Mängel und Änderungen gegenüber den der Bewilligung zugrunde liegenden Bauunterlagen und Kostenabweichungen sind in der ergänzenden Stellungnahme festzuhalten. Sie ist jedem Verwendungsnachweis anzufügen. Sofern die Feststellungen Einfluss auf die Bemessung der Zuwendung haben, ist der zuwendungsfähige Betrag festzustellen.
- 10 Vereinfachte baufachliche Prüfung und Mitwirkung der fachlich zuständigen Landesbauverwaltung (BLB)**
- 10.1 Wird der BLB als fachlich zuständige Landesbauverwaltung ausnahmsweise bei Baumaßnahmen, bei denen die vorgesehenen Zuwendungen die Wertgrenze nach VV Nr. 6.2 zu § 44 LHO nicht übersteigen, oder bei Baumaßnahmen nach VV Nr. 6.3 zu § 44 LHO beteiligt, so hat die Mitwirkung des BLB und seine baufachliche Prüfung vereinfacht zu erfolgen, soweit die Bewilligungsbehörde - gegebenenfalls in begründeten Einzelfällen - nichts anderes verlangt.
- 10.2 Die Bauunterlagen sind auf den für die Beurteilung des Einzelfalles unbedingt notwendigen Umfang zu beschränken.
- 10.3 Die baufachliche Prüfung ist auf die Angemessenheit der Kosten auszurichten.
- 10.4 Die stichprobenweise Überprüfung der Bauausführung hinsichtlich Einhaltung der baufachlichen Bedingungen und Auflagen und der bestimmungsgemäßen Verwendung der Zuwendungsmittel ist auf das unbedingt notwendige Maß zu beschränken.
- 10.5 Die Prüfung des Verwendungsnachweises ist vereinfacht und ohne Abgleich mit der Baurechnung (nur anhand einer Ausgabenliste ohne Prüfung von Originalbelegen) durchzuführen.

## Anlage zur EZBau

### Baufachliche Nebenbestimmungen (NBest-Bau)

Die NBest-Bau ergänzen bei Baumaßnahmen die Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung (ANBest-P) oder die Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur institutionellen Förderung (ANBest-I). Sie enthalten Nebenbestimmungen im Sinne des § 36 des Verwaltungsverfahrensgesetzes (VwVfG). Sie sind Bestandteil des Zuwendungsbescheides, soweit in ihm nicht ausdrücklich etwas anderes bestimmt ist.

#### 1 Vergabe und Ausführung

1.1 Der Zuwendungsempfänger hat den BLB als fachlich zuständige Landesbauverwaltung rechtzeitig über die jeweils vorgesehene Vergabeart, den Baubeginn und die Beendigung der Zuwendungsbaumaßnahme zu unterrichten. Der Zuwendungsempfänger hat anzuwenden:

- bei der Vergabe von Aufträgen für Bauleistungen die Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen (VOB),
- bei der Vergabe von Aufträgen für Lieferungen und Dienstleistungen die Vergabe- und Vertragsordnung für Leistungen - ausgenommen Bauleistungen (VOL).

Verpflichtungen des Zuwendungsempfängers, auf Grund des § 98 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) und der Vergabeverordnung (VgV) die Abschnitte 2 ff. der VOB/A beziehungsweise der VOL/A sowie die Vergabeordnung für freiberufliche Leistungen (VOF) anzuwenden oder andere Vergabebestimmungen einzuhalten, bleiben unberührt. Bei der Durchführung von Zuwendungsbaumaßnahmen ist die Verwendung der Formblätter des Vergabe- und Vertragshandbuchs für die Baumaßnahmen des Landes (VHL) dem Zuwendungsempfänger freigestellt.

1.2 Die Ausführung der Zuwendungsbaumaßnahme muss den der Bewilligung zugrunde liegenden Bauunterlagen sowie den technischen und baurechtlichen Vorschriften entsprechen.

1.3 Von den Bauunterlagen darf nur insoweit abgewichen werden, als die Abweichungen nicht erheblich sind. Wenn die Abweichungen zu einer wesentlichen Änderung des Bau- oder Raumprogramms, einer wesentlichen Erhöhung der Betriebskosten oder einer wesentlichen Überschreitung der Baukosten führen, bedürfen sie vor ihrer Ausführung der Zustimmung durch die Bewilligungsbehörde.

#### 2 Baurechnung

2.1 Der Zuwendungsempfänger muss für jede Zuwendungsbaumaßnahme eine Baurechnung führen. Be-

steht eine Zuwendungsbaumaßnahme aus mehreren Bauobjekten oder Bauabschnitten, sind getrennte Baurechnungen zu führen.

2.2 Die Baurechnung besteht aus:

2.2.1 dem Bauausgabebuch (bei Hochbauten nach DIN 276 „Kosten im Bauwesen“ gegliedert, bei anderen Bauten nach Maßgabe des Zuwendungsbescheides).

Werden die Einnahmen und Ausgaben für das geförderte Bauobjekt von anderen Buchungsvorfällen getrennt nachgewiesen, entsprechen die Nachweise unmittelbar oder durch ergänzende Aufzeichnungen den Inhalts- und Gliederungsansprüchen der DIN 276 und können sie zur Prüfung der Baurechnung beigelegt werden, so kann mit Einwilligung der Bewilligungsbehörde von der Führung eines gesonderten Bauausgabebuches abgesehen werden.

2.2.2 den Rechnungsbelegen, bezeichnet und geordnet entsprechend Nummer 2.1,

2.2.3 den Abrechnungszeichnungen und den der tatsächlichen Ausführung entsprechenden Plänen,

2.2.4 den Verträgen über die Leistungen und Lieferungen mit Schriftverkehr,

2.2.5 den bauaufsichtlichen Genehmigungen, den Prüf- und Abnahmebescheinigungen,

2.2.6 dem Zuwendungsbescheid und den Schreiben über die Bereitstellung der Mittel,

2.2.7 den geprüften, dem Zuwendungsbescheid zugrunde gelegten Bauunterlagen,

2.2.8 der Berechnung der ausgeführten Flächen und des Rauminhalts nach DIN 277 „Grundflächen und Rauminhalte von Bauwerken im Hochbau“ (nur bei Hochbauten), gegebenenfalls der Wohnflächenberechnung nach Wohnflächenverordnung (WoFlV) (nur bei Wohnungen) und

2.2.9 dem Bautagebuch.

#### 3 Verwendungsnachweis

3.1 Der Verwendungsnachweis ist nach Muster 2 EZBau zu erstellen.

Der Nachweis, wann und in welchen Einzelbeträgen die Bauausgaben geleistet wurden, wird durch die Baurechnung (Nummer 2 NBest-Bau) geführt. Die Baurechnung ist zur Prüfung bereitzuhalten. Die Baurechnung ist mindestens zehn Jahre nach Vorlage des Verwendungsnachweises aufzubewahren. Dem Verwendungsnachweis sind nur Ablichtungen des Bauausgabebuches, eine Ausgabengegenüber-

stellung (gemäß Anhang 9 BbgRZBau) und die Berechnung nach Nummer 2.2.8 NBest-Bau beizufügen.

- 3.2 Werden über Teile einer Zuwendungsbaumaßnahme (zum Beispiel mehrere Bauobjekte oder Bauabschnitte) einzelne Verwendungsnachweise geführt, so ist nach Abschluss der Zuwendungsbaumaßnahme ein zusammengefasster Verwendungsnachweis nach Muster 2 EZBau aufzustellen.

**Prüfvermerk\* über die stichprobenweise baufachliche Prüfung**

(Verwendung wird freigestellt)

fachlich zuständige Landesbauverwaltung	Zuwendungsempfänger
	Auskunft erteilt
	Telefon-Nr./E-Mail

Betreff:

(Baumaßnahme, Ort, Straße [Bezeichnung wie im Zuwendungsbescheid])

Laut Anfrage auf Gewährung einer Zuwendung vom ..... beantragt der Zuwendungsempfänger für die o. g. Maßnahme einen Zuschuss/ein Darlehen\*\* in Höhe von ..... EUR mit ..... EUR Gesamtkosten.

**Feststellungen der fachlich zuständigen Landesbauverwaltung**

1. Aufgrund der dem Antrag beigefügten Pläne, Erläuterungen und Kostenberechnungen wird festgestellt, dass die veranschlagte Baumaßnahme dem geforderten Zweck der ..... dient.

2. Folgende bauaufsichtliche und sonstige Genehmigungen liegen vor:  
.....  
.....  
.....

3. Zu den Bauunterlagen bemerke ich im Einzelnen:  
.....  
.....  
siehe auch Baufachliche Stellungnahme (Prüfvermerk) der fachlich zuständigen Landesbauverwaltung vom ..... als Anlage .....

4. Für die Durchführung der Baumaßnahme hat der Antragsteller folgende Kosten veranschlagt: ..... EUR  
Aufgrund der baufachlichen Prüfung wird hiervon im Sinne von Nummer 7.2.2 EZBau folgender Betrag als angemessen erachtet: ..... EUR  
Die Höhe der zuwendungsfähigen Ausgaben stellt bzw. stellen die Bewilligungsbehörde(n) fest, erforderlichenfalls wird die fachlich zuständige Landesbauverwaltung beteiligt.

....., den .....  
(Ort) (Datum) (Unterschrift)

\* Der Prüfvermerk ist das Ergebnis der Prüfung der Antragsunterlagen in baufachlicher Hinsicht nach Nummer 7 EZBau.

\*\* Nichtzutreffendes bitte streichen.

**Verwendungsnachweis**

(..... Ausfertigung vom .....

An fachlich zuständige Landesbauverwaltung	Zuwendungsempfänger
An Bewilligungsbehörde	Bankverbindung
	Auskunft erteilt
	Telefon-Nr./E-Mail

Betreff:

(Baumaßnahme, Ort, Straße [Bezeichnung wie im Zuwendungsbescheid])

**Bewilligte Zuwendungen - Zuschüsse (Z) und Darlehen (D)\***

Bewilligende Stelle	Datum und Aktenzeichen	Zuwendungsbetrag (EUR)
.....		Z/D*
.....		Z/D
.....		Z/D
.....		
	Bewilligter Gesamtbetrag	.....
	In Anspruch genommener Betrag	.....

**Sachbericht**  
 (Eingehende Darstellung der Durchführung der Baumaßnahme, Abweichungen von den anerkannten Antragsunterlagen, Bauzeitraum usw., ggf. auf gesondertem Blatt)

**Zahlenmäßiger Nachweis**

Gesamtausgaben der Fördermaßnahme	..... EUR
davon Ausgaben für den Teil der Baumaßnahme, Bauobjekt/Bauabschnitt, für den die Zuwendung bewilligt worden ist	..... EUR

\* Nichtzutreffendes bitte streichen.

Einnahmen Art Eigenanteil, Zuwendungen, Leistungen Dritter	lt. Zuwendungsbescheid		lt. Abrechnung	
	EUR	v. H.	EUR	v. H.
Eigenanteil	.....	.....	.....	.....
Bundesmittle	0,00	0,00	0,00	0,00
Landesmittle	.....	.....	.....	.....
.....	.....	.....	.....	.....
.....	.....	.....	.....	.....
Zwischensumme		100		100
in früheren Bauobjekten/Bauabschnitten einge- nommene Beträge (Zuwendungen, Leistungen Dritter)	.....	.....	.....	.....
Insgesamt	.....	.....	.....	.....

Ausgaben Ausgabengliederung**	lt. Zuwendungsbescheid		lt. Abrechnung	
	insgesamt	geförderter Anteil	insgesamt	geförderter Anteil
	EUR	EUR	EUR	EUR
100 Grundstück	.....	.....	.....	.....
200 Herrichten und Erschließen	.....	.....	.....	.....
300 Bauwerk - Baukonstruktionen	.....	.....	.....	.....
400 Bauwerk - Technische Anlagen	.....	.....	.....	.....
500 Außenanlagen	.....	.....	.....	.....
600 Ausstattung und Kunstwerke	.....	.....	.....	.....
700 Baunebenkosten (ohne 710, 760, 779 Anteil der Kosten für Baufeiern)	.....	.....	.....	.....
710 Bauherrenaufgaben	.....	.....	.....	.....
760 Finanzierungskosten	.....	.....	.....	.....
779 Anteil der Kosten für Baufeiern	.....	.....	.....	.....
Summe	.....	.....	.....	.....
in früheren Bauobjekten/Bauabschnitten bereits geleistete Ausgaben	.....	.....	.....	.....
Insgesamt	.....	.....	.....	.....

\*\* Es sind nur die Summen der Kostengruppen, bei Hochbauten nach DIN 276 (in der vom Land eingeführten Fassung) gegliedert, bei anderen Bauten nach Maßgabe des Bewilligungsbescheides, anzugeben. Dabei ist entsprechend den der Bewilligung zugrunde gelegten Bauunterlagen nach Bauobjekten oder Bauabschnitten zu unterteilen, gegebenenfalls auf gesondertem Blatt.

**Erklärung des Zuwendungsempfängers**

Es wird erklärt, dass:

- die in den Bauplänen enthaltenen Angaben mit der Örtlichkeit übereinstimmen,
- die bauaufsichtlichen und sonstigen Bedingungen und Auflagen beachtet wurden,
- die Ausgaben notwendig waren,
- wirtschaftlich und sparsam verfahren worden ist,
- die Angaben mit den Büchern und ggf. den Belegen übereinstimmen,
- die vorgeschriebenen Prüfungen bzw. Gebrauchsabnahmen durchgeführt wurden,
- die Bedingungen und Auflagen eingehalten wurden und
- die Angaben über die Baumaßnahme, ihre Ausgaben und die Finanzierung vollständig und belegt sind.

Zur Nachprüfung stehen die im Verwendungsnachweis genannten Unterlagen einschließlich Baurechnung mit Belegen zur Verfügung.

....., den .....  
(Ort) (Datum) (Unterschrift)

**Ergebnis der Prüfung durch die fachlich zuständige Landesbauverwaltung**

Der Verwendungsnachweis wurde baufachlich geprüft. Aufgrund stichprobenweiser Überprüfung der Bauausführung und der Rechnungsbelege wird die Übereinstimmung der Angaben im Verwendungsnachweis mit der Baurechnung und mit der Örtlichkeit bescheinigt. Auf meine ergänzende Stellungnahme (Nummern 9.4 und 9.5 EZBau) nehme ich Bezug.

....., den .....  
(Ort) (Datum) (Unterschrift)

**Ergebnis der Prüfung durch die Bewilligungsbehörde**

Der Verwendungsnachweis wurde anhand der vorliegenden Unterlagen geprüft. Es ergaben sich keine/die aus der Anlage ersichtlichen\* Beanstandungen.

....., den .....  
(Ort) (Datum) (Unterschrift)

\* Nichtzutreffendes bitte streichen.

**Zwischennachweis**

(zum Jahresabschluss, ohne Beteiligung der fachlich zuständigen Landesbauverwaltung)

An Bewilligungsbehörde	Zuwendungsempfänger
	Bankverbindung
	Auskunft erteilt
	Telefon-Nr./E-Mail

Betreff:
(Baumaßnahme, Ort, Straße [Bezeichnung wie im Zuwendungsbescheid])

<b>Bewilligte Zuwendungen - Zuschüsse (Z) und Darlehen (D) -*</b>		
Bewilligende Stelle	Datum und Aktenzeichen	Zuwendungsbetrag (EUR)
.....		Z/D*
.....		Z/D
.....		Z/D
.....		
.....		
	Bewilligter Gesamtbetrag	.....
	In Anspruch genommener Betrag	.....

<b>Finanzielle Übersicht zum 31. Dezember 20...</b>		
Art Eigenanteil, Zuwendungen, Leistungen Dritter	lt. Zuwendungsbescheid	davon bisher in Anspruch genommen
	EUR	EUR
Eigenanteil	.....	.....
Bundesmittel    Z/D*	.....	.....
Landesmittel    Z/D	.....	.....
	.....	.....
	.....	.....
Insgesamt	.....	.....

\* Nichtzutreffendes bitte streichen.

**Sachbericht**

(Beschreibung des Baufortschritts zum 31. Dezember ..... gemäß Nummer 6.2 ANBest-P)

....., den .....  
(Ort) (Datum) (Unterschrift)

**Erklärung des Zuwendungsempfängers**

Die vorgenannten Angaben stimmen mit dem Zuwendungsbescheid/den Zuwendungsbescheiden\* und dem Bauausgabebuch überein.

....., den .....  
(Ort) (Datum) (Unterschrift)

**Ergebnis der Prüfung durch die Bewilligungsbehörde**

Der Zwischennachweis wurde anhand der vorliegenden Unterlagen geprüft. Es ergaben sich keine/die aus der Anlage ersichtlichen\* Beanstandungen.

....., den .....  
(Ort) (Datum) (Unterschrift)

\* Nichtzutreffendes bitte streichen.

## Verfahrensablauf bei Zuwendungsbaumaßnahmen

Lfd. Nr.	Verfahren (Beteiligte)	Fundstellen
1	<b>Formlose Anfrage</b> (ZE)	VV Nr. 1 bis 3 zu § 44 LHO
2	<b>Vorabstimmung</b> (ZG beziehungsweise kZG)	VV Nr. 1 bis 3 zu § 44 LHO
3	<b>Koordinierungsgespräch</b> (ZE, ZG beziehungsweise kZG, BLB)	§ 24 Absatz 4 LHO VV Nr. 1.4, 2, 4.2.3 und 6 zu § 44 LHO Nummern 1, 2 EZBau
4	<b>Beauftragung des BLB als fachlich zuständige Landesbauverwaltung</b> (ZG beziehungsweise kZG, Bewilligungsbehörde)	VV Nr. 6 zu § 44 LHO Nummern 1, 2 EZBau
5	<b>Festlegung des Bedarfs</b> (ZE, ZG beziehungsweise kZG, BLB, MdF)	§§ 7, 24 Absatz 4 LHO
6	<b>Einschaltung Freiberuflich Tätiger (FBT)</b> (ZE, BLB, FBT)	
7	<b>Aufstellung der Antrags- und Bauunterlagen und Festsetzung</b> (ZE, ZG beziehungsweise kZG, BLB)	§ 24 Absatz 1 und 4 LHO Nummern 4 bis 6 und ggf. Nummer 10 EZBau
8	<b>Baufachliche Prüfung und Anerkennung der Antrags- und Bauunterlagen</b> (BLB)	§ 7 LHO Nummer 7, ggf. Nummer 10 EZBau
9	<b>Verwaltungsmäßige Antragsprüfung</b> (ZE, ZG, kZG, BLB)	VV Nr. 3 ff. zu § 44 LHO
10	<b>Erteilung der Zuwendungsbescheide</b> (ZG, kZG)	VV Nr. 4 bis 6 zu § 44 LHO Nummer 7.3 EZBau, NBest-Bau
11	<b>Überprüfung der Bauausführung</b> (ZE, FBT, BLB)	VV Nr. 9.1 zu § 44 LHO Nummern 3, 8 und 10 EZBau Nummer 1.1 NBest-Bau
12	<b>Mittelanforderung</b> (ZE, gegebenenfalls BLB)	VV Nr. 7 zu § 44 LHO Nummer 1 ANBest-P und ANBest-I Nummer 8.4 EZBau Nummer 5.4 ANBest-P, Nummer 5.3 ANBest-I
13	<b>Baurechnung</b> (ZE, BLB)	Nummer 2 NBest-Bau
14	<b>Zwischennachweise</b> (ZE, ZG)	VV Nr. 10 zu § 44 LHO Nummer 6.1 ANBest-P Nummer 4 NBest-Bau
15	<b>Abweichungen</b> (ZE, ZG, kZG, BLB)	Nummern 1.2 und 7.4 EZBau Nummern 1.2 und 1.3 NBest-Bau Nummer 5 ANBest-P und ANBest-I
16	<b>Fertigstellung der Maßnahme</b> (ZE)	Nummer 1.1 NBest-Bau
17	<b>Aufstellung des Verwendungsnachweises</b> (ZE)	VV Nr. 10 zu § 44 LHO Nummer 6 ANBest-P, Nummer 7 ANBest-I Nummer 3 NBest-Bau
18	<b>Baufachliche Prüfung des Verwendungsnachweises</b> (BLB)	VV Nr. 11, 11a zu § 44 LHO Nummer 9 und ggf. Nummer 10.4 EZBau Nummer 3 NBest-Bau
19	<b>Verwaltungsmäßige Prüfung des Verwendungsnachweises</b> (ZG)	VV Nr. 11, 11a zu § 44 LHO Nummer 7 ANBest-P, Nummer 8 ANBest-I
20	<b>Erteilung des abschließenden Zuwendungsbescheides</b> (ZG)	VV Nr. 8 zu § 44 LHO

## Verfahrensregeln bei Zuwendungsbaumaßnahmen

Die nachfolgenden Regeln sollen einen Beitrag zur Optimierung des Ablaufes bei Zuwendungsbaumaßnahmen leisten. In Abstimmung mit dem Zuwendungsgeber (ZG) soll nach Möglichkeit eine Kostenobergrenze festgelegt werden. Die Einführung einer Kostenobergrenze und kostenorientierter Planung soll der frühzeitigen Maßnahmen- und Kostensicherheit dienen. Gleichzeitig sollen unter anderem auch wesentliche baupolitische Zielstellungen (beispielsweise Durchführung von Wettbewerben nach der Richtlinie für Planungswettbewerbe [RPW], Anwendung eingeführter Leitfäden und so weiter) angemessen berücksichtigt werden.

<b>lfd. Nr.</b>	<b>Verfahren</b>	<b>Verfahrensregeln</b>	<b>Fundstellen</b>	<b>Beteiligte</b>
<b>1</b>	<b>Formlose Anfrage</b>	<p>Der Antragsteller/Zuwendungsempfänger (ZE) richtet eine Anfrage an die möglichen Zuwendungsgeber (ZG).</p> <p>Die Anfrage soll beinhalten:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- die Darlegung der bedarfsauslösenden Gründe,</li> <li>- die Variantenuntersuchung zur Bedarfsdeckung (zum Beispiel Kauf, Miete, Neubau, Erweiterung),</li> <li>- das Ziel, den Standort, den Inhalt und den Umfang der geplanten Maßnahmen,</li> <li>- eine Kostenermittlung,</li> <li>- die mögliche Finanzierung (Angabe von Eigenmitteln),</li> <li>- die Erklärung, dass mit dem Vorhaben noch nicht begonnen wurde.</li> </ul>	<p>VV Nr. 1 bis 3 zu § 44 LHO</p> <p>VV Nr. 1.3 zu § 44 LHO</p>	<b>ZE</b>
<b>2</b>	<b>Vorabstimmung</b>	<p>Die Zuwendungsgeber klären:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- die Förderungswürdigkeit (zum Beispiel den Bedarf),</li> <li>- die Finanzierungsmöglichkeiten (Art und Umfang),</li> <li>- inwieweit die fachlich zuständige Landesbauverwaltung zu beteiligen ist.</li> </ul> <p>Die ZG bestimmen bei Bedarf den koordinierenden Zuwendungsgeber (kZG). Bei Förderungsbereitschaft lädt der kZG die beteiligten ZG und den ZE zu einem Koordinierungsgespräch ein.</p>	<p>VV Nr. 1 bis 3 zu § 44 LHO, VV Nr. 1.4 zu § 44 LHO</p> <p>VV Nr. 6 zu § 44 LHO in Verbindung mit EZBau</p>	<b>ZG/kZG</b>
<b>3</b>	<b>Koordinierungsgespräch</b>	<p>Im Koordinierungsgespräch ist mindestens Einvernehmen über:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- die Bestätigung des kZG,</li> <li>- das Finanzierungskonzept,</li> <li>- die Finanzierungsanteile der Beteiligten,</li> <li>- den Förderumfang (Angabe der nicht förderungswürdigen Teilmaßnahmen und der nicht zuwendungsfähigen Kosten, gegebenenfalls der Vorsteuerabzugsberechtigung),</li> <li>- die Finanzierungsart (Anteil-, Fehlbedarfs- oder Festbetragsfinanzierung),</li> <li>- den Umfang der Prüfungs- und Beratungsleistung der fachlich zuständigen Landesbauverwaltung,</li> <li>- die Frage, gegenüber welcher Verwaltung der ZE den Verwendungsnachweis zu erbringen hat,</li> </ul>	<p>VV Nr. 1.4 zu § 44 LHO</p> <p>VV Nr. 2 zu § 44 LHO</p> <p>VV Nr. 6 zu § 44 LHO in Verbindung mit EZBau</p> <p>VV Nr. 1.4.5 zu § 44 LHO</p>	<b>ZG/kZG</b> <b>ZE</b> <b>fzLB</b>

Ifd. Nr.	Verfahren	Verfahrensregeln	Fundstellen	Beteiligte
		<ul style="list-style-type: none"> <li>- die Frage, ob ein Anwendungsfall nach § 24 Absatz 4 LHO vorliegt und die Antrags- und Bauunterlagen auf den Umfang nach Nummer 6.1 EZBau beschränkt werden können,</li> <li>- die Frage, ob eine Kostenobergrenze festgelegt werden soll,</li> <li>- die Bindungsfrist (wie lange das Gebäude oder die Ausstattungsgegenstände an den Verwendungszweck gebunden sind),</li> <li>- die Erstellung der Unterlagen zur Festlegung der Kostenobergrenze und</li> <li>- die Erstellung der Antrags- und Bauunterlagen (Anhänge 1 und 2)</li> </ul>	<p>§ 24 Absatz 4 LHO in Verbindung mit EZBau</p> <p>VV Nr. 4.2.3 zu § 44 LHO</p> <p>Nummern 6.1 bis 6.6 EZBau</p>	
		<p>beziehungsweise Klärung über folgende Sachverhalte:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- inwieweit bei einfachen Baumaßnahmen der Umfang der Antrags- und Bauunterlagen auf die Unterlagen (Nummer 6.1 EZBau) begrenzt werden kann,</li> <li>- ob der ZE durch die Zuwendung öffentlicher Auftraggeber im Sinne des § 98 GWB wird und eine EU-Ausschreibung durchführen muss,</li> <li>- ob für die Maßnahme die Durchführung eines Wettbewerbes nach RPW<sup>1</sup> oder ein VOF-Verfahren erforderlich ist,</li> <li>- inwieweit von den ZE für die Aufstellung der erforderlichen Antrags- und Bauunterlagen freiberuflich Tätige (zum Beispiel Architekten, Sonderfachleute sowie Gutachter/Berater) eingeschaltet werden müssen,</li> <li>- ob Bildende Künstler beteiligt werden sollen,</li> <li>- in welcher Anzahl die Antrags- und Bauunterlagen ausgefertigt werden müssen</li> </ul>		
		<p>herbeizuführen. Die Ergebnisse sind schriftlich festzuhalten.</p>		
		<p>Wenn vereinbart wird, dass die Landesbauverwaltung die ganz oder teilweise mit Bundes- oder Landesmitteln geförderte Zuwendungsbaumaßnahme wie eine Baumaßnahme des Bundes beziehungsweise des Landes plant und durchführt (Baumaßnahmen Dritter), ist für das weitere Verfahren die RBBau/RLBau des Landes Brandenburg zu beachten.</p>	<p>RBBau L 3 BbgRLBau</p>	
4	<p><b>Beauftragung der fachlich zuständigen Landesbauverwaltung (fzLB)</b></p>	<p>Der ZG/kZG beauftragt die fachlich zuständige Landesbauverwaltung mit der Wahrnehmung der Aufgaben nach EZBau. Im Regelfall erfolgt dies nach Abstimmung der Konzeptplanung (gemäß Nummer 6.1.6 EZBau), die zur grundsätzlichen Klärung der Machbarkeit des Projektes notwendig ist.</p>	<p>VV Nr. 6 zu § 44 LHO in Verbindung mit Nummern 1 und 2 EZBau</p>	<p><b>ZG/kZG</b> <b>fzLB</b></p>
5	<p><b>Festlegung des Bedarfs</b></p>	<p>Auf Ersuchen des ZE kann die fachlich zuständige Landesbauverwaltung bei der Aufstellung und der Festlegung des Stellen- und Raumbedarfsplans und den hieraus zu erwartenden Kosten sowie bei den quantitativen und qualitativen Gebäudestandards fachlich beraten.</p>	<p>§§ 7, 24 LHO in Anlehnung an die Raum- und Flächen-norm des Landes Brandenburg (RFN BB)</p>	<p><b>ZE</b> <b>ZG/kZG</b> <b>fzLB</b></p>
		<p>Der ZE stimmt den Stellen- und Raumbedarfsplan mit dem ZG/kZG ab. Der ZG/kZG übersendet den von ihm anerkannten Stellen- und Raumbedarfsplan (Anerkennung des Bedarfs) an den ZE und teilt ihm mit, welche weiteren Schritte er einleiten kann.</p>		
		<p>Ist die Anerkennung des Bedarfs nach § 24 Absatz 4 LHO notwendig, führt der ZG/kZG, soweit erforderlich, eine Vorabstimmung mit dem MdF durch.</p>	<p>§ 24 Absatz 4 LHO</p>	<p><b>ZE</b> <b>ZG/kZG</b> <b>MdF</b></p>

<sup>1</sup> In der vom Land eingeführten Fassung.

<b>lfd. Nr.</b>	<b>Verfahren</b>	<b>Verfahrensregeln</b>	<b>Fundstellen</b>	<b>Beteiligte</b>
6	<b>Einschaltung Freiberuflich Tätiger (FBT)</b>	<p>Die fachlich zuständige Landesbauverwaltung berät den ZE fachlich:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- hinsichtlich der dafür gegebenenfalls erforderlichen Einschaltung von Freiberuflich Tätigen (FBT) und Gutachtern,</li> <li>- bei der Ermittlung der förderfähigen Kosten für die FBT (zum Beispiel Architekten, Ingenieure, Projektsteuerer),</li> <li>- bei der Einhaltung öffentlich-rechtlicher Bestimmungen (unter anderem GWB, VgV, VOF, HOAI, Durchführung eines Wettbewerbes nach den RPW 2008).</li> </ul> <p>Die Beauftragung von FBT mit der Planung und Durchführung erfolgt in der Regel nach VOF oder auf der Grundlage von Wettbewerbsverfahren nach RPW<sup>1</sup>.</p> <p>Der Wettbewerb nach RPW<sup>1</sup> ist auf Grundlage der vorher festgelegten Kostenobergrenze durchzuführen. Der ZE kann sich zur Ermittlung der Kostenobergrenze FBT bedienen.</p> <p>Der Wettbewerb nach RPW<sup>1</sup> kann gegebenenfalls nach Erteilung des Zuwendungsbescheides ausgelobt werden oder in Ausnahmefällen schon nach Vorabstimmung des Raumprogramms und nach Festlegung der Kostenobergrenze erfolgen.</p> <p>Ist die Durchführung eines Wettbewerbes nach RPW<sup>1</sup> wegen unverhältnismäßig hohen Aufwands oder fehlender Eignung des Bauvorhabens nicht vertretbar, findet bei der Vergabe von Leistungen an Freischaffende die VOF Anwendung.</p>	Nummer 3 EZBau	<b>ZE FBT fzLB</b>
7	<b>Aufstellung der Antrags- und Bauunterlagen und Festsetzung der Kostenobergrenze</b>	<p>Vom ZE sind die Antrags- und Bauunterlagen gemäß den Vorgaben nach Nummer 6 EZBau aufzustellen.</p> <p>Es ist eine kostenorientierte Planung mit vorheriger Festlegung einer Kostenobergrenze für die weiteren Planungsschritte anzustreben.</p> <p>Insbesondere bei Baumaßnahmen mit öffentlichen Zuwendungen, die &gt; 50 Prozent (Summe aller öffentlichen Zuwendungen) der Gesamtkosten der Baumaßnahme betragen, sind die Unterlagen nach Nummer 6.1 EZBau aufzustellen und der fachlich zuständigen Landesbauverwaltung zur Prüfung und Stellungnahme vorzulegen. Anhand der vom ZE vorgelegten Unterlagen und der Stellungnahme der fachlich zuständigen Landesbauverwaltung wird vom ZG die Kostenobergrenze festgesetzt. Auf dieser Grundlage erfolgt die weitere Bearbeitung der Antrags- und Bauunterlagen nach Nummer 6.2 EZBau.</p> <p>Der ZG/kZG teilt dem ZE das Ergebnis mit. Sofern im Koordinierungsgespräch festgelegt, kann auf dieser Grundlage auch der Zuwendungsbescheid erteilt werden.</p> <p>Der ZE legt die Antrags- und Bauunterlagen nach Nummer 6 ff. EZBau in der erforderlichen Anzahl der fachlich zuständigen Landesbauverwaltung zur Prüfung und Stellungnahme vor.</p> <p>Sind die Antrags- und Bauunterlagen nicht vollständig, können sie von der fachlich zuständigen Landesbauverwaltung zurückgewiesen werden.</p>	<p>§ 24 Absatz 1 LHO Nummern 4 bis 6 EZBau</p> <p>Nummer 6.1 EZBau</p> <p>Nummer 7 EZBau</p>	<b>ZE ZG/ kZG</b>

<sup>1</sup> In der vom Land eingeführten Fassung.

Ifd. Nr.	Verfahren	Verfahrensregeln	Fundstellen	Beteiligte
8	<b>Baufachliche Prüfung und Anerkennung der Antrags- und Bauunterlagen</b>	<p>Die fachlich zuständige Landesbauverwaltung prüft die Bauunterlagen gemäß den EZBau stichprobenweise (Anhang 11). Der Umfang der Prüfung ist durch den Stempelaufdruck: „<i>stichprobenweise geprüft im Sinne der EZBau</i>“</p> <p>kenntlich zu machen.</p> <p>Kosten der Teile einer Gesamtmaßnahme, deren Förderungswürdigkeit nicht Gegenstand der baufachlichen Prüfung sind oder aus baufachlicher Sicht nicht bestätigt werden können (Ausstattung und Kunstwerke [KG. 600, gegebenenfalls KG. 370 und KG. 470], Bauherrenaufgaben [KG. 710], Finanzierungskosten [KG. 760] sowie aus den Allgemeinen Baunebenkosten [KG. 779] Kosten für Baufeiern), sind ungekürzt und von den übrigen Kosten getrennt zu nennen. Ihre Prüfung erfolgt durch die ZG (Anhang 7).</p>	§ 7 LHO Nummern 7 beziehungsweise 10 EZBau	<b>ZG/ kZG fzLB</b>
9	<b>Verwaltungsmäßige Antragsprüfung</b>	<p>Die Antragsunterlagen werden vom kZG und den beteiligten ZG verwaltungsmäßig geprüft.</p> <p>Die Förderungswürdigkeit von Teilmaßnahmen und die Zuwendungsfähigkeit der Kosten werden von den ZG nach deren Förderungsrichtlinien oder -grundsätzen festgestellt.</p> <p>Erforderlichenfalls stimmen sich die ZG bei Vorliegen aller geprüften Antrags- und Bauunterlagen sowie Stellungnahmen über die endgültige Finanzierung ab.</p> <p>Ergibt die Kostenberechnung der Antrags- und Bauunterlagen, dass die vorher festgelegte Kostenobergrenze trotz aller Bemühungen nicht eingehalten werden kann, findet auf der Grundlage überarbeiteter Antrags- und Bauunterlagen - mit einer eingehenden Begründung zur Überschreitung der Kostenermittlung sowie etwaiger Einsparungsmöglichkeiten (beispielsweise veränderter Bedarf, Planungs- und Ausführungsalternativen) - ein Abstimmungsgespräch statt.</p> <p>Dazu lädt der kZG die ZG, den ZE und die fachlich zuständige Landesbauverwaltung ein. In diesem Gespräch wird die weitere Vorgehensweise (zum Beispiel Reduzierung des Maßnahmenumfanges) einvernehmlich festgelegt.</p>	VV Nr. 3 ff. zu § 44 LHO	<b>ZE ZG/ kZG fzLB</b>

<b>lfd. Nr.</b>	<b>Verfahren</b>	<b>Verfahrensregeln</b>	<b>Fundstellen</b>	<b>Beteiligte</b>
<b>10</b>	<b>Erteilung der Zuwendungsbescheide</b>	<p>Die ZG/kZG erteilen die Zuwendungsbescheide.</p> <p>Diese enthalten die erforderlichen baufachlichen und verwaltungsmäßigen Auflagen und Bedingungen.</p> <p>Die ZG tauschen die erteilten Zuwendungsbescheide untereinander aus.</p> <p>Je eine Mehrfertigung der Zuwendungsbescheide erhalten die nach Abschnitt 3 Beteiligten. Die fachlich zuständige Landesbauverwaltung erhält zwei Ausfertigungen des Zuwendungsbescheides und eine Ausfertigung der anerkannten Bauunterlagen.</p>	<p>VV Nr. 4, 5 und 6 zu § 44 LHO Nummer 7.3 EZBau NBest-Bau</p>	<p><b>ZG/ kZG fzLB</b></p>
<b>11</b>	<b>Überprüfung der Bauausführung</b>	<p>Die fachlich zuständige Landesbauverwaltung beauftragt - gemäß interner Zuständigkeit - die unter Nummer 8 benannte Stelle der Landesbauverwaltung mit der Beratung bei der Vergabe von Leistungen/Bauleistungen, der Überprüfung der Bauausführung und der Prüfung des Verwendungsnachweises.</p> <p>Vor Überprüfung der Bauausführung findet ein Beratungsgespräch zwischen fachlich zuständiger Landesbauverwaltung und ZE statt. In diesem Beratungsgespräch ist unter anderem auf folgende Punkte hinzuweisen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Projektorganisation (zum Beispiel Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten der freiberuflich Tätigen [FBT])</li> <li>- Beratung zum Umgang mit dem Wettbewerbs- und dem Vergabewesen (unter anderem RPW<sup>1</sup>, VOF, VOB, VOL)</li> <li>- Berücksichtigung einschlägiger Regelwerke von Bund und Land (Barrierefreiheit, Nachhaltigkeit, Kunst am Bau etc.)</li> <li>- Vereinbarung von Vorlageterminen</li> <li>- Bauzeitenplan</li> <li>- Ausführungsplanung einschließlich der technischen Ausrüstung und der Freianlagen</li> <li>- Führung des Bauausgabebuches gegliedert nach DIN 276<sup>1</sup> (gegebenenfalls getrennt für Bau- und Ausstattungskosten)</li> <li>- Festlegung und Nachweis der nicht förderfähigen Ausgaben</li> <li>- Führung eines gesonderten Baukontos</li> <li>- Führung eines Bautagebuches</li> <li>- Kostenkontrolle und -steuerung der festgesetzten Gesamtkosten</li> <li>- Aufgabenerfüllung der FBT</li> <li>- Führung des Verwendungsnachweises</li> <li>- Hinweis auf VV Nr. 8 zu § 44 LHO</li> </ul> <p>Der ZE teilt der fachlich zuständigen Landesbauverwaltung den Baubeginn mit. Die fachlich zuständige Landesbauverwaltung überprüft die Bauausführung stichprobenweise (Anhänge 6 und 11). Das Ergebnis ist aktenkundig zu machen.</p>	<p>VV Nr. 9.1 zu § 44 LHO Nummern 3, 8, gegebenenfalls Nummer 10 EZBau Nummer 1.1 NBest-Bau</p>	<p><b>ZE fzLB</b></p>
<b>12</b>	<b>Mittelanforderung</b>	<p>Der ZE fordert bei den ZG gegebenenfalls unter Beteiligung der fachlich zuständigen Landesbauverwaltung die nach dem Baufortschritt notwendigen Mittel mit dem Formblatt an (Anhang 8).</p>	<p>VV Nr. 7 zu § 44 LHO Nummer 8.4 EZBau</p>	<p><b>ZE fzLB</b></p>

<sup>1</sup> In der vom Land eingeführten Fassung.

<b>lfd. Nr.</b>	<b>Verfahren</b>	<b>Verfahrensregeln</b>	<b>Fundstellen</b>	<b>Beteiligte</b>
13	<b>Baurechnung</b>	Der ZE führt die in Nummer 2 NBest-Bau geforderten Nachweise, ordnet und bezeichnet die Rechnungsbelege nach den zugehörigen Buchungen im Bauausgabebuch nach DIN 276 <sup>1</sup> . Die sachgerechte Bearbeitung wird von der fachlich zuständigen Landesbauverwaltung stichprobenweise überprüft. Für die verwaltungsmäßige Prüfung (vom ZG) kann auch die Erstellung einer Rechnungslegungsliste erforderlich sein.	Nummer 2 NBest-Bau	<b>ZE</b> <b>ZG</b> <b>fzLB</b>
14	<b>Zwischen-nachweise</b>	Der ZE legt bei Baumaßnahmen, die sich über ein Haushaltsjahr hinaus erstrecken, den ZG einen jährlichen Zwischennachweis (Muster 3) vor. Dieser wird ohne Beteiligung der fachlich zuständigen Landesbauverwaltung vom ZG verwaltungsmäßig geprüft.	VV Nr. 10 zu § 44 LHO Nummer 6.1 ANBest-P und ANBest-I Nummer 4 NBest-Bau	<b>ZE</b> <b>ZG</b>
15	<b>Abweichungen</b>	Von den Bauunterlagen darf nur insoweit abgewichen werden, als die Abweichungen nicht erheblich sind. Führen diese Abweichungen zu einer wesentlichen Änderung des Raumbedarfs/ Raumprogramms, einer wesentlichen Erhöhung der Betriebskosten oder einer wesentlichen Überschreitung der Baukosten, ist vom ZE vor der Ausführung die Zustimmung der ZG einzuholen.  Vom ZE ist hierzu ein begründeter Nachtrag über den ZG der fachlich zuständigen Landesbauverwaltung zur baufachlichen Prüfung und Stellungnahme vorzulegen.  Ob eine planerische Abweichung oder eine kostenmäßige Änderung wesentlich beziehungsweise erheblich ist und somit eine erneute Prüfung notwendig macht, ist von der fachlich zuständigen Landesbauverwaltung zu entscheiden. Im Bedarfsfall ist der ZG/kZG zu beteiligen.	Nummern 1.2 und 5 ANBest-P Nummern 1.2, 1.3 NBest-Bau Nummern 1.2, 7.4 EZBau Nummer 5 ANBest-I	<b>ZE</b> <b>ZG/</b> <b>kZG</b> <b>fzLB</b>
16	<b>Fertigstellung der Maßnahme</b>	Der ZE meldet dem ZG und der fachlich zuständigen Landesbauverwaltung die Fertigstellung beziehungsweise die Inbetriebnahme der Baumaßnahme sowie den voraussichtlichen Abschluss und Vorlagetermin des Verwendungsnachweises.	Nummer 1.1 NBest-Bau	<b>ZE</b>
17	<b>Aufstellung des Verwendungsnachweises (VN)</b>	Der ZE erstellt den Verwendungsnachweis (Muster 2) mit den erforderlichen Anlagen (siehe NBest-Bau) und übergibt ihn fristgemäß dem ZG.  Eine Vorprüfung durch eine eigene Prüfeinrichtung des ZE ist im VN kenntlich zu machen.	VV Nr. 10 zu § 44 LHO Nummer 6 ANBest-P Nummer 3 NBest-Bau	<b>ZG/</b> <b>kZG</b> <b>ZE</b>
18	<b>Baufachliche Prüfung des VN</b>	Der ZG übergibt der fachlich zuständigen Landesbauverwaltung den VN. Die fachlich zuständige Landesbauverwaltung prüft anhand der Baurechnung den VN stichprobenweise (Muster 2 und Anhang 11) in baufachlicher Hinsicht.  Die Prüfung ist jeweils unverzüglich nach Eingang der vollständigen Unterlagen durchzuführen.	VV Nr. 11, 11a zu § 44 LHO Nummern 9, 10.4 EZBau Nummer 3 NBest-Bau	<b>fzLB</b> <b>ZG/</b> <b>kZG</b>

<sup>1</sup> In der vom Land eingeführten Fassung.

Ifd. Nr.	Verfahren	Verfahrensregeln	Fundstellen	Beteiligte
		<p>Die geprüften Rechnungsbelege sind durch den Stempelaufdruck:</p> <p><i>„stichprobenweise geprüft im Sinne der EZBau“</i></p> <p>kenntlich zu machen.</p> <p>Die fachlich zuständige Landesbauverwaltung gibt zur Bauabwicklung und zu den baufachlich festgestellten Kosten eine Stellungnahme ab. Aus baufachlicher Sicht nicht zuwendungsfähige Kostenanteile werden benannt und gegebenenfalls begründet.</p> <p>Die fachlich zuständige Landesbauverwaltung leitet die baufachlich geprüften Unterlagen an die mit der verwaltungsmäßigen Prüfung beauftragte Stelle - in der Regel den kZG - weiter.</p> <p>Die übrigen ZG erhalten einen Abdruck des Vorganges. Die Baurechnung ist beim ZE aufzubewahren.</p>		
19	<b>Verwaltungsmäßige Prüfung des VN</b>	<p>Der VN wird verwaltungsmäßig von der im Zuwendungsbescheid festgelegten Stelle geprüft. Je eine Mehrfertigung der VN erhalten die nach Nummer 3 Beteiligten.</p>	<p>VV Nr. 11, 11a zu § 44 LHO Nummer 7 ANBest-P Nummer 8 AnBest-I</p>	<b>kZG</b>
20	<b>Erteilung des abschließenden Zuwendungsbescheides</b>	<p>Nach der verwaltungsmäßigen Prüfung des VN setzen die ZG die Höhe der Zuwendungen endgültig fest und erteilen, soweit erforderlich, einen abschließenden Zuwendungsbescheid.</p> <p>Die fachlich zuständige Landesbauverwaltung erhält eine Durchschrift zur Kenntnis.</p>	<p>VV Nr. 8 zu § 44 LHO</p>	<b>ZG</b>

**Antrag auf Gewährung einer Zuwendung**

**Anhang 1**  
(Muster)

An fachlich zuständige Landesbauverwaltung	Antragsteller
An Zuwendungsgeber	Bankverbindung
	Auskunft erteilt
	Telefon-Nr./E-Mail

Betreff:

(Baumaßnahme, Ort, Straße)

Bezug:

**Es wird die Gewährung einer Zuwendung beantragt in Höhe von:**

EURO

\_\_\_\_\_

Davon als Zuschuss: EURO und/oder Darlehen<sup>1</sup> EURO

Kostengruppen nach DIN 276 <sup>2</sup>	Kosten EURO	Zuschuss EURO	Darlehen EURO
100 Grundstück	-----	-----	-----
200 - 700 (ohne Ausstattung)	-----	-----	-----
611 - 612 Allgemeine und besondere Ausstattung	-----	-----	-----
100 - 700 Gesamt	-----	-----	-----

**Die beantragten Mittel werden benötigt:**

Haushaltsjahr	Grundstück EURO	Bau EURO	Ausstattung EURO	Gesamt EURO
-----	-----	-----	-----	-----
-----	-----	-----	-----	-----
-----	-----	-----	-----	-----
-----	-----	-----	-----	-----

<sup>1</sup> Nichtzutreffendes bitte streichen.  
<sup>2</sup> In der vom Land eingeführten Fassung.

**Mit der Zuwendung soll folgendes Vorhaben in folgendem Zeitraum verwirklicht werden:**

Darstellung und Begründung des Vorhabens insbesondere im Hinblick auf Bedarf, Standort, Konzeption und Ziel, soweit nicht in den beigefügten Unterlagen (Liste der dem Antrag beizufügenden Unterlagen [Anhang 2]) erläutert.

**Begründung für die vorgesehene Finanzierung:**

(Höhe der Eigenmittel, Art und Höhe der beantragten Zuwendung)

### Erklärung des Antragstellers

Es wird erklärt, dass

mit dem Vorhaben **noch nicht** begonnen worden ist,

dieses Vorhaben zum Vorsteuerabzug berechtigt beziehungsweise nicht berechtigt ist<sup>3</sup> Ja, berechtigt  Nein, nicht berechtigt ,

bekannt ist, dass bei mit öffentlichen Mitteln geförderten Baumaßnahmen die Vergaberegularien der öffentlichen Hand zu beachten sind (GWB, VgV, VOB, VOL, VOF, RPW<sup>2</sup>),

im Zuwendungsfall bei der Durchführung von Baumaßnahmen

- die Einhaltung öffentlich rechtlicher Vergabebestimmungen
- die Baufachlichen Nebenbestimmungen (NBest-Bau) - Anlage EZBau -
- das Gesetz gegen missbräuchliche Inanspruchnahme von Subventionen - Subventionsgesetz -

beachtet und befolgt werden.

(weitere Bestimmungen nach Förderungsprogrammen)

**Der Antragsteller versichert die Richtigkeit und Vollständigkeit der in diesem Antrag und in den Antragsunterlagen gemachten Angaben.**

....., den .....  
(Ort) (Datum) (Rechtsverbindliche Unterschrift Antragsteller)

.....  
(Name Antragsteller in Druckbuchstaben)

<sup>2</sup> In der vom Land eingeführten Fassung.

<sup>3</sup> Zutreffendes bitte ankreuzen.

**Liste der dem Antrag beizufügenden Unterlagen**

**Anhang 2**  
(Muster)

Betreff:

(Baumaßnahme, Ort, Straße)

	<b>Ja</b>	<b>Nein</b>
<b>Allgemeine Unterlagen<sup>1</sup></b>		
Träger und Vertretungsberechtigung	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Satzung, Gesellschaftsvertrag und so weiter	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Verzeichnis der Vertretungsberechtigten, Auszug aus dem Vereins-, Handelsregister und so weiter (1 x beglaubigt)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Bescheinigung über Gemeinnützigkeit	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Bescheinigung über Vorsteuerabzugsberechtigung	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
<u>Bedarfsplanung und Raumprogramm</u>		
Bedarfsmitteilung	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Ausbildungs-, Schulungs- und Unterweisungsprogramm	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Berechnung der Auslastung, der Nutzungsanteile	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Von Bewilligungsbehörde anerkanntes Bau- und Raumprogramm, einschließlich Nutzungspläne mit Bezeichnung der Räume, Angabe der Zweckbestimmung, Zahl der Schulungsplätze etc.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Finanzierungsplan (nach beigefügtem Vordruck, Anhang 3)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Angemessene Wirtschaftlichkeitsuntersuchung	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
<u>Gutachten/Stellungnahmen</u>		
Gutachten	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Stellungnahmen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
<u>Erklärungen</u>		
a) Stellungnahme des Landes (unter anderem zu den planungsrechtlichen Voraussetzungen)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
b)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
c)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

	<b>Ja</b>	<b>Nein</b>
<b>Unterlagen bei Bauinvestitionen<sup>1,2</sup></b>		
Vollständiger Erbbau-/Grundbuchauszug (1 x beglaubigt)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Auszug aus der Katasterkarte	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Grundstückskaufvertrag beziehungsweise -vorvertrag, Grundstückserbbaurechtsvertrag (1 x beglaubigt)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
<u>Wertermittlungen</u>		
Bei bebauten und unbebauten Grundstücken in der Regel:		
Wertermittlung nach den jeweils geltenden Wertermittlungsrichtlinien (WertR) <sup>3</sup>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Gutachten des Gutachterausschusses für Grundstückswerte (§ 193 BauGB)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Bei unbebauten Grundstücken auch:		
Auskünfte der Geschäftsstelle des Gutachterausschusses über Bodenrichtwerte (§ 196 BauGB)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

<sup>1</sup> Zutreffendes bitte ankreuzen.

<sup>2</sup> Antrags- und Bauunterlagen gemäß § 24 Absatz 1 LHO müssen dem letzten Planungsstand entsprechen und die Aufstellungsdaten (gegebenenfalls auch Änderungsdaten) enthalten.

<sup>3</sup> In der vom Land eingeführten Fassung.

	Ja	Nein
<u>Unterlagen zur Festlegung der Kostenobergrenze/bedarfsbegründende Unterlagen für die Veranschlagung im Haushalt (bei Maßnahmen nach VV Nr. 6 zu § 44 LHO sollen, bei Maßnahmen nach § 24 Absatz 4 LHO sind immer mindestens folgende Unterlagen nach Nummer 2.5 vorzulegen):</u>		
Darlegung der bedarfsauslösenden Gründe	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Bedarfsbeschreibung des Nutzers	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Der von der Bewilligungsbehörde anerkannte Stellen- und Raumbedarfsplan mit qualitativen Bedarfsanforderungen als Anforderungsraumbuch	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Variantenuntersuchung der Bedarfsdeckung	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen (Kauf, Miete, Neubau, PPP, Erweiterung)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Konzeptplanung (Grundlagenermittlung und Teile der Vorplanung)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Baufachliche Bewertung des Grundstücks und vorhandener baulicher Anlagen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Kostenermittlung (zum Beispiel auf Basis von Kostenkennwerten)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Gesamtbeurteilung/Erläuterungsbericht inklusive Schätzung der nach Fertigstellung entstehenden jährlichen Haushaltsbelastungen (Baunutzungskosten), soweit öffentliche Haushalte betroffen sind	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Terminplan für die Baumaßnahme	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
<u>Planungsunterlagen<sup>4,5</sup></u>		
Der von der Bewilligungsbehörde anerkannte Stellen- und Raumbedarfsplan mit qualitativen Bedarfsanforderungen (Anforderungsraumbuch)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Übersichtsplan (Maßstab 1 : 5000)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Lageplan des Bauvorhabens (mindestens Maßstab 1 : 1000) mit Darstellung der Erschließungs- und Außenanlagen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Vorentwurfs- und/oder Entwurfszeichnungen, die Art und Umfang des Bauvorhabens prüfbar nachweisen (mindestens Maßstab = 1 : 200 oder Maßstab = 1 : 100), einschließlich Untersuchungen von alternativen Lösungsmöglichkeiten nach gleichen Anforderungen (maßstäbliche Strichskizzen)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Bauaufsichtliche oder sonstige Genehmigungen (Vorbescheide genügen)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Erläuterungsbericht	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Er soll Auskunft geben über:		
Veranlassung und Zweck der geplanten Baumaßnahme, Raumbedarf, Kapazität, Nutzung (gegebenenfalls Hinweise auf entsprechende Gesetze, Verordnungen, Richtlinien oder veranlassende Schreiben, die in Abdruck beizufügen sind), Benennung des künftigen Eigentümers, Baulastträgers, Betreibers oder Nutznießers der Anlage	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Lage und Beschaffenheit des Baugeländes, Eigentumsverhältnisse, Rechte Dritter, Entschädigungen und dergleichen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Bau- und Ausführungsart mit Erläuterung der baulichen, ver- und entsorgungstechnischen, maschinen-technischen, elektrotechnischen Anlagen und anderen Anlagen und Einrichtungen, Bevorratungen, zugrunde liegenden technischen Vorschriften, zur künstlerischen Ausgestaltung sowie zur Nachhaltigkeit der Planung unter anderem mit Begründung der Wirtschaftlichkeit bei mehreren Lösungsmöglichkeiten	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Gesamtkosten der Baumaßnahme mit Kostenangabe, für die die Zuwendung beantragt wird	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Bauzeitplan und Baumittelbedarf in den einzelnen Haushaltsjahren	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Vorgesehene Abwicklung der Baumaßnahme (Vergabe und Ausführung), Stand der bauaufsichtlichen und sonstigen Genehmigungen und so weiter	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Im Bedarfsfall zu erwartende Vermögensvorteile (Vorteilsausgleiche) beziehungsweise Vermögensnachteile	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Etwaige Leistungen und Verpflichtungen sowie eventuelle Rückflüsse nach Gesetzen, Ortsstatuten und sonstigen Satzungen (zum Beispiel Versorgungsanlagen)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

<sup>4</sup> Bei Umbauten, Instandsetzungen und Modernisierungen sind Bauarbeiten in den Plänen darzustellen und die von sonstigen Arbeiten betroffenen Bereiche zu markieren.  
<sup>5</sup> Bei Teilförderung sind die in der Gesamtmaßnahme integrierten Teilbereiche in den Grundrissplänen und in den Berechnungen nach DIN 277 (in der vom Land eingeführten Fassung) kenntlich zu machen. Außerdem ist anzugeben, nach welchem Modus (anteilige NF 1 - 6, BRI oder Plätze) die zuwendungsfähigen Teilkosten der förderungswürdigen Teilmaßnahme errechnet werden sollen.

	<b>Ja</b>	<b>Nein</b>
<u>Kostenermittlung</u> <sup>5,6</sup>		
Kostenschätzung (nach beigelegtem Vordruck, Anhang 5)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Kostenberechnung nach DIN 276 <sup>3,5,6</sup>		
Die Kosten für Hochbauten sind nach DIN 276 <sup>3</sup> - für andere Bauten entsprechend und gegebenenfalls nach Bauobjekten/Bauabschnitten unterteilt - zu ermitteln. Die Kosten, für die eine Zuwendung beantragt wird, sind gesondert auszuweisen.		
Als Anlage sind, soweit erforderlich, Kostenaufschlüsselungen oder Berechnungen anderer Art, deren Ergebnisse der Kostenberechnung zugrunde gelegt wurden, beizufügen (zum Beispiel auf Grundlage von Kostenkennwerten beziehungsweise Vergleichsobjekten).	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
<u>Flächen- und Rauminhaltsberechnungen nach DIN 277<sup>3,5,6</sup></u>		
Berechnung der Flächen (nach Flächenarten gegliedert)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Berechnung der Rauminhalte	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Wohnflächenberechnung nach Wohnflächenverordnung (WoFIV)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Gegenüberstellung (Soll-Ist-Vergleich) der geforderten und geplanten Nutzflächen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Angemessene Wirtschaftlichkeitsuntersuchung (zum Beispiel Machbarkeitsstudie beziehungsweise Kostenvergleichsbetrachtung)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Planungs- und Kostendatenblatt (nach beigelegtem Vordruck, Anhang 5) <sup>6</sup>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

	<b>Ja</b>	<b>Nein</b>
<b>Unterlagen bei Ausstattungsinvestitionen<sup>1</sup></b>		
(Als Kosten der Ausstattung sind die Kosten aus den Kostengruppen 600 ohne 619 und 620 der DIN 276 <sup>3</sup> und gegebenenfalls auch Kosten aus den Kostengruppen 370 und 470 für Einbauten und Geräte, die nicht durch das Gebäude, sondern durch die Nutzung bedingt sind, zu betrachten.)		
Beschaffungsplan (nach Vordruck der Zuwendungsgeber)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Zusammenstellung der Ausstattungsinvestitionen (nach Vordruck der Zuwendungsgeber)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Bei Ausstattung von bereits vorhandenen eigenen oder angemieteten Räumen: Nutzungspläne (Grundriss mit Maßen) mit Bezeichnung der Räume, Angabe der Zweckbestimmung, Zahl der Schulungsräume	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

<sup>1</sup> Zutreffendes bitte ankreuzen.

<sup>3</sup> In der vom Land eingeführten Fassung.

<sup>5</sup> Bei Teilförderung sind die in der Gesamtmaßnahme integrierten Teilbereiche in den Grundrissplänen und in den Berechnungen nach DIN 277 (in der vom Land eingeführten Fassung) kenntlich zu machen. Außerdem ist anzugeben, nach welchem Modus (anteilige NF 1 - 6, BRI oder Plätze) die zuwendungsfähigen Teilkosten der förderungswürdigen Teilmaßnahme errechnet werden sollen.

<sup>6</sup> Die in den Kostengruppen 300 der Kostenberechnung und im Planungs- und Kostendatenblatt eingetragenen Flächen und Rauminhalte müssen mit den Ergebnissen der Berechnungen nach DIN 277 (in der vom Land eingeführten Fassung) und diese mit der Planung übereinstimmen.

**Finanzierungsplan**  
(vom: .....)

**Anhang 3**  
(Muster)

Antragsteller	Aufgestellt
Auskunft erteilt	..... den ..... (Ort) (Datum) (Unterschrift)

Betreff:

(Baumaßnahme, Ort, Straße)

	Grundstück EURO	Bau EURO	Ausstattung EURO	Gesamt EURO
<b>Kosten der Gesamtmaßnahme</b>				
<b>Finanzierung</b>				
Eigenmittel .....				
Kapitalmarktmittel .....				
Bundesministerien (BM)				
BM für .....				
davon Darlehen				
Zuschuss				
BM für .....				
davon Darlehen				
Zuschuss				
Landesministerien (LM)				
LM für .....				
davon Darlehen				
Zuschuss				
LM für .....				
davon Darlehen				
Zuschuss				
Bundesagentur für Arbeit .....				
davon Darlehen				
Zuschuss				
Bundesinstitut für Berufsbildung .....				
davon Darlehen				
Zuschuss				
Gemeindeverbände/Landkreise .....				
davon Darlehen				
Zuschuss				
Gemeinde .....				
davon Darlehen				
Zuschuss				
Sonstige .....				
davon Darlehen				
Zuschuss				

Zuwendungsempfänger	aufgestellt
Auskunft erteilt	Auskunft erteilt
Telefon-Nr./E-Mail	Telefon-Nr./E-Mail

Betreff:

(Baumaßnahme, Ort, Straße)

<b>Zusammenstellung der Kosten (vergleiche Kostenaufschlüsselung)</b>			
Kostengruppen nach DIN 276 <sup>2</sup>	Teilbetrag EURO	nicht förderfähig EURO	Gesamtbetrag EURO
100 Grundstück			
200 Herrichten und Erschließen			
300 Bauwerk - Baukonstruktionen			
400 Bauwerk - Technische Anlagen			
500 Außenanlagen			
611 Allgemeine Ausstattung			
612 Besondere Ausstattung			
619 Ausstattung/Sonstiges			
620 Kunstwerke			
700 Baunebenkosten (ohne 710, 760, aus 779 Kosten für Baufeiern)			
710 Bauherrenaufgaben			
760 Finanzierungskosten aus 779 Kosten für Baufeiern			
Zwischensumme			
Auf-/Abrundung			
Gesamtkosten			

Antragsteller	Verfasser
..... den ..... (Ort) (Datum) (Rechtsverbindliche Unterschrift)	..... den ..... (Ort) (Datum) (Rechtsverbindliche Unterschrift)

Vermerk der fachlichen Prüfung	Vermerk der verwaltungsmäßigen Prüfung
..... den ..... (Ort) (Datum) (Unterschrift)	..... den ..... (Ort) (Datum) (Unterschrift)

<sup>1</sup> Nichtzutreffendes bitte streichen.  
<sup>2</sup> In der vom Land eingeführten Fassung.

**Planungs- und Kostendaten**

**Anhang 5  
(Muster)**

Fachlich zuständige Landesbauverwaltung:	Zuwendungsempfänger:
Zuwendungsgeber:	Auskunft erteilt:
	Telefon-Nr./E-Mail:

Betreff:

(Baumaßnahme, Ort, Straße)

			Flächen m <sup>2</sup>	v. H.	Flächen m <sup>2</sup>	v. H.
<b>Bauart</b> .....						
<b>Bauweise</b> .....						
<b>Untergeschosszahl</b> .....			<b>Bauantrag</b>		<b>Planung</b>	
<b>Obergeschosszahl</b> .....	Nutzfläche 1 - 6 a	NF 1 - 6 a				
	Nutzfläche 7 a	NF 7 a				
	<b>Nutzfläche a</b>	<b>NF a</b>		<b>100,0</b>		<b>100,0</b>
	Technische Funktionsfläche a	TF a				
<b>Auftrag gemäß EZBau</b> .....	Verkehrsfläche a	VF a				
	<b>Netto-Grundfläche</b>	<b>NGF a</b>				
<b>Aufstellung - BU</b> .....	Konstruktions-Grundfläche	KGF				
<b>ABF Stellungnahme</b> .....	Brutto-Grundfläche a	BGF a				
	Brutto-Grundfläche b	BGF b				
<b>Fläche Baugrundstück</b> m <sup>2</sup>	Brutto-Grundfläche c	BGF c				
Bebaute Fläche .....	<b>Brutto-Grundfläche</b>	<b>BGF</b>				
Unbebaute Fläche .....						
Fläche Baugrundstück .....	<b>Brutto-Rauminhalt nach DIN 277<sup>1</sup></b>					
<b>Anzahl Arbeitsplätze</b> .....		BRI a				
<b>Anzahl Werkstattplätze</b> .....		BRI b				
<b>Anzahl Theorieplätze</b> .....		BRI c				
<b>Anzahl Internatsplätze</b> .....		<b>BRI</b>				
<b>m<sup>2</sup> NF/Arbeitsplatz</b> .....						

Kostengruppen nach DIN 276 <sup>1</sup>	Kosten EURO	Kostenanteil/ BWK v. H.	Kosten/BRI EURO/m <sup>2</sup>	Kosten/BGF EURO/m <sup>2</sup>	Kosten/NF 1 - NF 6 bzw. /NF 7 EURO/m <sup>2</sup>	Kosten/Platz EURO/Platz
<b>Index:</b>						
<b>100 Grundstück</b>						
<b>200 Herrichten und Erschließen</b>						
<b>300 Bauwerk - Baukonstruktionen</b>						
<b>312 ff. Besondere nachzuweisende Kosten</b>						
<b>400 Bauwerk - Technische Anlagen</b>						
<b>300 - 400 Summe Bauwerkskosten</b> <b>BWK</b>		<b>100,0</b>				
<b>500 Außenanlagen</b>						
<b>600 Ausstattung und Kunstwerke</b> (ohne 611, 612)						
<b>700 Baunebenkosten</b> (ohne 710, 760, aus 779 Kosten für Baufeiern)						
<b>200 - 700 Zwischensumme</b> <b>ZS</b>						
<b>611 Allgemeine Ausstattung</b>						
<b>612 Besondere Ausstattung</b>						
<b>710 Bauherrenaufgaben</b>						
<b>760 Finanzierungskosten</b>						
<b>779 Sonstiges</b> (Kosten für Baufeiern)						
<b>Auf-/Abrundung</b>						
<b>Gesamtkosten</b> <b>GK</b>						

..... den ..... (Ort) (Datum) (Unterschrift)

<sup>1</sup> In der vom Land eingeführten Fassung.

**Überprüfung der Bauausführung**

(Von der fachlich zuständigen Landesbauverwaltung auszufüllen)

**Anhang 6**

(Muster)

Zuwendungsempfänger	Die Baumaßnahme wurde zuletzt am ..... besichtigt.
Auskunft erteilt	Baubeginn
Telefon-Nr./E-Mail	Voraussichtliche Fertigstellung
Durchschrift(en) <sup>1</sup> an	Höhe der anerkannten Kosten
.....	..... EURO

Betreff:

(Baumaßnahme, Ort, Straße)

1	Die geplanten Bauzeiten sind/sind nicht <sup>1</sup> eingehalten.
2	Die bisherige Bauausführung weicht von den der Bewilligung zugrunde liegenden Bauunterlagen/nicht <sup>1</sup> ab.
3	Die Rohbauabnahme ist am ..... erfolgt.
4	Die Gebrauchsabnahme/vorzeitige Benutzungsabnahme ist am ..... erfolgt.
5	Die baufachlichen Bedingungen und Auflagen im Zuwendungsbescheid sind/sind nicht <sup>1</sup> eingehalten.
6	Die Leistungen sind/sind nicht <sup>1</sup> nach der VOB/VOL ausgeschrieben, vergeben und ausgeführt. Die Vergabevorschriften des Bundes sind/sind nicht <sup>1</sup> beachtet.
7	Das Bauausgabebuch ist/ist nicht <sup>1</sup> ordnungsgemäß geführt worden.
8	Es wurden rund ..... % der Bauarbeiten ausgeschrieben.
9	Die Baumaßnahme ist zu rund ..... % ausgeführt.
10	Nach den Ausschreibungsergebnissen liegen die Baukosten voraussichtlich/nicht <sup>1</sup> im Rahmen der anerkannten Kostenberechnung. Ein Nachtrag über Mehrkosten in Höhe von ..... EURO ist/wird <sup>1</sup> vom Zuwendungsempfänger eingereicht.

Bemerkungen (gegebenenfalls auf besonderem Blatt)

Bauverwaltung

....., den .....

(Ort) (Datum) (Stempel/Unterschrift)

<sup>1</sup> Nichtzutreffendes bitte streichen.

**Kostenprüfblatt**  
**Kosten gemäß Kostenschätzung beziehungsweise Kostenberechnung<sup>1</sup>**  
(vom .....)

**Anhang 7**  
(Muster)

Betreff:  
(Baumaßnahme, Ort, Straße)

Lfd. Nr.	Kostengruppen nach DIN 276 <sup>2</sup>	zuwendungs-	nicht	Gesamtkosten
		fähige Kosten	zuwendungs-	
		EURO	EURO	EURO
<b>a) Grundstück</b>				
1	110 Grundstückswert oder Kaufpreis m <sup>2</sup> x Euro/m <sup>2</sup> =			
2	120 Grundstücksnebenkosten			
3	130 Freimachen			
4	<b>Summe Grundstück<sup>3</sup></b>			
<b>b) Erschließung und Baukosten</b>				
5	210 Herrichten			
6	220 Öffentliche Erschließung			
7	230 Nichtöffentliche Erschließung			
8	240 Ausgleichsabgaben			
9	250 Übergangsmaßnahmen			
10	<b>Zwischensumme Erschließung<sup>3</sup></b>			
11	300 Bauwerk - Baukonstruktionen (ohne besonders nachzuweisende Kosten [312 ff.]) (gegebenenfalls 370 in e) m <sup>3</sup> x Euro/m <sup>3</sup> =			
12	312 ff. Besonders nachzuweisende Kosten (312, 313, 321, 323, 326, 327) (gegebenenfalls 370 in c)			
13	400 Bauwerk - Technische Anlagen (gegebenenfalls 470 in c)			
14	500 Außenanlagen			
15	600 Ausstattung und Kunstwerke <b>ohne c)</b> (gegebenenfalls 611 aus c)			
16	600 Ausstattung und Kunstwerke <b>ohne c)</b> (gegebenenfalls 612 aus c)			
17	700 Baunebenkosten <b>ohne d)</b>			
18	710 ff. Baunebenkosten (710, 720, 730, 740, 750)			
19	<b>Zwischensumme Baukosten<sup>3</sup></b>			
20	<b>Summe Erschließung und Baukosten</b>			
<b>c) Ausstattung<sup>1</sup></b>				
21	611 Allgemeine Ausstattung (gegebenenfalls 370 aus b)			
22	(gegebenenfalls 470 aus b)			
23	612 Besondere Ausstattung			
24	<b>Summe Ausstattung</b>			
<b>d) Allgemeines</b>				
25	710 Bauherrnleistungen (gegebenenfalls in b)			
26	760 Finanzierungskosten			
27	770 ff. Allgemeine/Sonstige Baunebenkosten (771 bis 779 und 790) (aus 779 Kosten für Baufeiern)			
28	Auf-/Abrundung			
29	<b>Summe Allgemeines</b>			
30	<b>Gesamtkosten laufende Nummern 4, 23, 28 und 34</b>			

....., den .....  
(Ort) (Datum) (Unterschrift)

<sup>1</sup> Nichtzutreffendes bitte streichen.  
<sup>2</sup> In der vom Land eingeführten Fassung.  
<sup>3</sup> Bei nur teilweiser Förderung die Anteile auf besonderem Blatt aufschlüsseln.

**Mittelanforderung**

**Anhang 8**  
(Muster)

An fachlich zuständige Landesbauverwaltung     An Zuwendungsgeber	Zuwendungsempfänger   Bankverbindung   Auskunft erteilt  Telefon-Nr./E-Mail
--	---

Betreff:

(Baumaßnahme, Ort, Straße)

hier: ..... Mittelanforderung gemäß<sup>1</sup>  Nummer 1.4 ANBest-P

Bezug: Zuwendungsbescheid(e)<sup>2</sup> vom .....

Anlage(n)<sup>2</sup> .....

Laut oben angeführten Zuwendungsbescheid(en)<sup>2</sup> wurde(n)<sup>2</sup> bewilligt<sup>1</sup>

ein Zuschuss bis zur Höhe von ..... EURO

und/oder<sup>2</sup>  ein Darlehen bis zur Höhe von ..... EURO

I	Anerkannte Kosten lt. Zuwendungsbescheid(en) <sup>2</sup> (Kostengruppen nach DIN 276 <sup>3</sup> )		Bearbeitungsfeld für Zuwendungsgeber
100	Grundstück	..... EURO	
200	Herrichten und Erschließen	..... EURO	
300	Bauwerk - Baukonstruktionen	..... EURO	
400	Bauwerk - Technische Anlagen	..... EURO	
500	Außenanlagen	..... EURO	
600	Ausstattung und Kunstwerke	..... EURO	
700	Baunebenkosten	..... EURO	
	Auf-/Abrundung	..... EURO	
	insgesamt	..... EURO	

<sup>1</sup> Zutreffendes bitte ankreuzen.  
<sup>2</sup> Nichtzutreffendes bitte streichen.  
<sup>3</sup> In der vom Land eingeführten Fassung.

<b>2</b>	<b>Finanzierungsplan lt. Zuwendungsbescheid</b>		Bearbeitungsfeld für Zuwendungsgeber
	Eigenmittel .....	EURO ( ..... )%	
	Bundesmittle .....	EURO ( ..... )%	
	Landesmittle .....	EURO ( ..... )%	
	.....	EURO ( ..... )%	
	.....	EURO ( ..... )%	
	.....	EURO ( ..... )%	
	insgesamt .....	EURO ( <u>100</u> )%	

<b>3</b>	<b>Bereits verausgabte Beträge lt. Bauausgabebuch</b> (Kostengruppen nach DIN 276 <sup>3</sup> )		
100	Grundstück .....	EURO	
200	Herrichten und Erschließen .....	EURO	
300	Bauwerk - Baukonstruktionen .....	EURO	
400	Bauwerk - Technische Anlagen .....	EURO	
500	Außenanlagen .....	EURO	
600	Ausstattung und Kunstwerke .....	EURO	
700	Baunebenkosten .....	EURO	
	Auf-/Abrundung .....	EURO	
	insgesamt .....	EURO	

<b>4</b>	<b>Weitere Ausgaben sind vorzunehmen beziehungsweise werden innerhalb von 2 Monaten nach Auszahlung für fällige Zahlungen benötigt</b>	..... EURO	
----------	--	------------	--

<b>5</b>	<b>Gesamtbetrag 3 + 4</b>	..... EURO	
----------	---------------------------	------------	--

<b>6</b>	<b>Deckung der Ausgaben laut Nummer 5</b>		
	Eigenmittel .....	EURO ( ..... )%	
	Bundesmittle .....	EURO ( ..... )%	
	Landesmittle .....	EURO ( ..... )%	
	.....	EURO ( ..... )%	
	.....	EURO ( ..... )%	
	.....	EURO ( ..... )%	
	insgesamt .....	EURO ( <u>100</u> )%	

<sup>3</sup> In der vom Land eingeführten Fassung.

<b>7</b>	<b>Mittelanforderungsbetrag</b>	Bearbeitungsfeld für Zuwendungsgeber
	1) bewilligte Zuwendungen insgesamt .....	EURO
	2) erhaltene Abschlagzahlungen .....	EURO
	3) Mittelanforderung .....	EURO
<b>Um Überweisung des unter Nummer 7 zu 3) genannten Betrages auf die vorgenannte Bankverbindung wird gebeten.</b>		
....., den ..... (Ort) (Datum) (Rechtsverbindliche Unterschrift[en]) <sup>2</sup>		

<b>Fachtechnische Bestätigung der fachlich zuständigen Landesbauverwaltung</b>		
Die Baumaßnahme wurde besichtigt am .....		
Die Baumaßnahme war zu diesem Zeitpunkt zu zirka ..... % ausgeführt.		
Gegen die Auszahlung der beantragten Mittel bestehen <sup>1</sup> keine Bedenken <input type="checkbox"/> Bedenken <input type="checkbox"/> (gegebenenfalls siehe Anlage)		
....., den ..... (Ort) (Datum) (Unterschrift/Stempel Landesbauverwaltung)		

<sup>1</sup> Zutreffendes bitte ankreuzen.

<sup>2</sup> Nichtzutreffendes bitte streichen.

**Ausgabengegenüberstellung gemäß Muster 2 EZBau nach Ausgaben - Ausgabengliederung nach DIN 276<sup>1</sup>**

(Spalten 3 bis 7 vom Zuwendungsempfänger auszufüllen)

Kosten- gruppen	Kostengliederung nach DIN 276 <sup>1</sup>	Anerkannte Kosten laut baufachlich geprüfter Kosten- berechnung  vom  EURO	Nachgewiesene Kosten laut Verwendungs- nachweis  EURO	Mehr- kosten  EURO	Minder- kosten  EURO	Begründung des Zuwendungs- empfängers <sup>2</sup> zu den Mehr-/Min- derkosten der Spalten 5 und 6 mit Mehr-/Mindermassen  (falls der Platz nicht ausreicht, bitte auf gesonderten durchnum- merierten Blättern fertigen)	Von den Beträgen laut Spalte 4 als zuwendungs- fähig anerkannt  EURO
1	2	3	4	5	6	7	8
100	Grundstück						
200	Herrichten und Erschließen						
300	Bauwerk - Baukonstruktionen						
400	Bauwerk - Technische Anlagen						
500	Außenanlagen						
600	Ausstattung und Kunst- werke (ohne 611, 612)						
611	Allgemeine Ausstattung						
612	Besondere Ausstattung						
700	Baunebenkosten (ohne 710, 760 und 779)						
710	Bauherrenaufgaben						
760	Finanzierungskosten						
779	Allgemeine Bauneben- kosten, Sonstiges (aus 779 Kosten für Baufeiern)						
Auf-/Abrundung							
<b>insgesamt</b>							

<sup>1</sup> In der vom Land eingeführten Fassung.

<sup>2</sup> Mehr-/Mindermassen und deren Kosten sind mit ihren Kostenuntergruppen - nach DIN 276 (in der vom Land eingeführten Fassung) gegliedert - anzugeben.

**Vermerk über das Ergebnis der verwaltungsmäßigen Prüfung des Verwendungsnachweises**

Zuwendungsgeber	Zuwendungsempfänger
	Bankverbindung
Auskunft erteilt	Auskunft erteilt
Telefon-Nr./E-Mail	Telefon-Nr./E-Mail

Betreff:
(Baumaßnahme, Ort, Straße)

<b>Zeitraum der Prüfung</b>		
Abschluss des Verwendungsnachweises:	am .....	
Baufachliche Prüfung des Verwendungsnachweises:	von .....	bis .....
Verwaltungsmäßige Prüfung des Verwendungsnachweises:	von .....	bis .....

	Ja <sup>1</sup>	Nein <sup>1</sup>
A Prüfvermerk der Bauverwaltung entsprechend Nummer 9 EZBau (gegebenenfalls nach Muster 1) liegt vor	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
B Entspricht der Verwendungsnachweis den Anforderungen der Nebenbestimmungen?		
1 Vorgeschriebenen Vordruck verwendet	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
2 Rechtsverbindliche Unterschrift vorhanden	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
3 Prüfung und Bescheinigung durch eigene Prüfungseinrichtung des Zuwendungsempfängers	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
4 Vordruck richtig ausgefüllt	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
5 Erforderliche Unterlagen beigelegt beziehungsweise vorhanden	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
6 Rechnerische Richtigkeit gegeben	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
7 Trennung nach Einzelvorhaben vorgenommen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
C Ist die Zuwendung nach den Angaben im Verwendungsnachweis und nach den beigelegten Unterlagen zweckentsprechend verwendet worden?		
1 Vorhaben nach Bewilligung begonnen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
2 Belege		
2.1 Die entsprechenden Belege sind vorhanden	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
2.2 Ordnungsmäßiger Zahlungsbeweis wurde erbracht	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
2.3 Rechnerische und sachliche Richtigkeit wurde bescheinigt	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
2.4 Preisnachlässe (Skonti/Rabatte) wurden genutzt	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

<sup>1</sup> Zutreffendes bitte ankreuzen.

	Ja <sup>1</sup>	Nein <sup>1</sup>
3 Ausstattung		
3.1 Beschaffte Gegenstände entsprechen dem Beschaffungsplan	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
3.2 Vergabebestimmungen sind beachtet	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
3.3 Gegenstände sind vorhanden	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
3.4 Gegenstände sind inventarisiert	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
3.5 Gegenstände werden genutzt	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
4 Finanzierung/Mittelanforderung		
4.1 Die vorgesehenen Eigenmittel (gegebenenfalls Fremdmittel) standen zur Verfügung	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
4.2 Weitere über den Finanzierungsplan hinausgehende Mittel wurden in Anspruch genommen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
4.3 Zugewiesene Mittel fristgemäß verwendet	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
4.4 Habenzinsen sind angefallen und abgeführt	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
4.5 Nur zuwendungsfähige Ausgaben im zahlenmäßigen Nachweis enthalten (gegebenenfalls um Vorsteuerabzug gekürzt)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
5 Mitteilungspflichten des Zuwendungsempfängers sind erfüllt (Nummer 5 ANBest-P beziehungsweise Nummer 5 ANBest-GK)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
6 Träger/Maßnahme ist gegen Risiken versichert	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
7 Sonstige Auflagen und Bedingungen sind erfüllt	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
D Ist der mit der Zuwendung beabsichtigte Zweck erreicht? (Dabei soll eine Erfolgskontrolle durchgeführt werden)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
1 Stimmen Personenkreis, Dauer und Art der Maßnahme mit den Vorstellungen, die der Bewilligung zugrunde lagen, überein?	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
2 Wird die Einrichtung ausgelastet?	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
3 Wird die Einrichtung durch Dritte genutzt?	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
4 Werden besondere ANBest beziehungsweise fachliche Aufgaben beachtet?	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

E Zusammenfassung		
(gegebenenfalls Anlage)		
Anlagen:	<b>Ja<sup>1</sup></b>	<b>Nein<sup>1</sup></b>
Stellungnahme des technischen Beraters	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Baufachlicher Prüfungsvermerk	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

....., den	.....	.....
(Ort)	(Datum)	(Unterschrift des Prüfers)

<sup>1</sup> Zutreffendes bitte ankreuzen.

**Zuwendungsbescheid nach § 44 LHO und Empfangsbestätigung**

(Die Verwendung dieser Muster ist freigestellt. Es handelt sich um Empfehlungen für die Abfassung eines Zuwendungsbescheides nach § 44 LHO und um eine Empfangsbestätigung. Die Muster erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit, fehlende Angaben sind zu ergänzen beziehungsweise Nichtzutreffendes ist zu streichen.)

An Zuwendungsempfänger	Zuwendungsgeber
nachrichtlich <sup>1</sup> (mit <input type="checkbox"/> ohne <input type="checkbox"/> Anlage[n] <sup>2</sup> ) an Zuwendungsgeber	Auskunft erteilt
	Telefon-Nr./E-Mail

**Betreff:**

(Baumaßnahme, Ort, Straße - eindeutige Bezeichnung mit gegebenenfalls präzisierenden Erläuterungen)

**Veranschlagung**

Kapitel .....	Titel .....	20 .....
(Zuwendungen aus dem Bundes-/Landeshaushalt) <sup>2</sup>		(Haushaltsjahr)

**hier: Zuwendungsbescheid nach § 44 LHO**

**Anlagen<sup>1</sup>**

**Anlagen, die unverändert verbindlicher Bestandteil des Zuwendungsbescheides sind:**

1	Ihr Antrag vom .....	<input type="checkbox"/>
2	Mein(e) Schreiben vom .....	<input type="checkbox"/>
3	Protokoll(e) der Abstimmungsgespräche vom .....	<input type="checkbox"/>
4	Genehmigtes Stellen- und Raumprogramm vom .....	<input type="checkbox"/>
5	Geprüfte Bauunterlagen/Beschaffungslisten vom .....	<input type="checkbox"/>
6	Besondere Bestimmungen zum Zuwendungsbescheid .....	<input type="checkbox"/>
7	Empfangsbestätigung/Erklärung über Rechtsbehelfsverzicht vom .....	<input type="checkbox"/>

<sup>1</sup> Zutreffendes bitte ankreuzen.  
<sup>2</sup> Nichtzutreffendes bitte streichen.

8	Vordrucke (im Internet unter www.mdf.brandenburg.de)	<input type="checkbox"/>
	.....	<input type="checkbox"/>
	.....	<input type="checkbox"/>
9	Gutachten vom .....	<input type="checkbox"/>
10	Gesetz gegen missbräuchliche Inanspruchnahme von Subventionen - Subventionsgesetz (SubvG)	<input type="checkbox"/>
11	Liste der Vergabeprüfstellen beziehungsweise der Kartellämter nach § 21 VOB	<input type="checkbox"/>
	.....	
	.....	
	.....	

**Nebenbestimmungen, die unverändert verbindlicher Bestandteil des Zuwendungsbescheides sind:<sup>1</sup>**

1	Baufachliche Nebenbestimmungen (NBest-Bau)	
2	Allgemeine Nebenbestimmungen für Zuwendungen:	
	- zur Projektförderung (ANBest-P)	<input type="checkbox"/>
	- zur Projektförderung an Gebietskörperschaften (ANBest-GK)	<input type="checkbox"/>
	- zur Projektförderung auf Kostenbasis (ANBest-P-Kosten)	<input type="checkbox"/>
	.....	
	.....	
	.....	

**Anschreiben**

Sehr geehrte Damen und Herren,

**Bezug**

auf Ihren Antrag vom ..... bewillige ich Ihnen hiermit aus Mitteln des Bundes/Landes .....  
 ..... im Wege der

**Zuwendungsart**

Projektförderung

**Finanzierungsform<sup>1</sup>**

eine

eventuell bedingt rückzahlbare Zuwendung  (Zuschuss)

unbedingt oder bedingt rückzahlbare Zuwendung  (Darlehen)

**Finanzierungsart<sup>1</sup>**

Teilfinanzierung

Anteilfinanzierung

Fehlbedarfsfinanzierung

Festbetragsfinanzierung

Vollfinanzierung

<sup>1</sup> Zutreffendes bitte ankreuzen.

Zuwendung auf

Ausgabenbasis

Kostenbasis

bis zur Höhe von ..... EURO

(in Worten: ..... EURO)

Die zuwendungsfähigen Gesamtausgaben/Kosten werden festgesetzt auf

..... EURO

(in Worten: ..... EURO)

Die Gewährung steht unter dem Vorbehalt der Verfügbarkeit der veranschlagten Haushaltsmittel.

### Bindungen

Die Zuwendung ist zweckgebunden und dient gemäß ihrem Antrag sowie dem Finanzierungsplan allein zur Deckung der zuwendungsfähigen Ausgaben der vorgenannten Zuwendungsbaumaßnahme.

Die Nutzung des herzustellenden Gebäudes ist für ..... (zum Beispiel mindestens 20 Jahre)  
an ..... (benannter Zuwendungszweck) gebunden.

### Bewilligungszeitraum

Der Bewilligungszeitraum beginnt am ..... und endet am .....

### Finanzierungsplan

Ich erkläre entsprechend der gutachterlichen und baufachlichen Prüfung folgende Finanzierung für verbindlich:

Gesamtvorhaben	Kostengruppe	Fördervorhaben
..... EURO	100 Grundstück	..... EURO
..... EURO	200 Herrichten und Erschließen	..... EURO
..... EURO	300 Bauwerk - Baukonstruktionen	..... EURO
..... EURO	400 Bauwerk - Technische Anlagen	..... EURO
..... EURO	500 Außenanlagen	..... EURO
..... EURO	600 Ausstattung und Kunstwerke	..... EURO
..... EURO	700 Baunebenkosten	..... EURO
..... EURO	Ausstattung laut Beschaffungsplan	..... EURO
..... EURO	Auf-/Abrundung	..... EURO
..... <b>EURO</b>	<b>Gesamtausgaben</b>	..... <b>EURO</b>

### Ausschluss

Folgende Kostengruppen können nicht als zuwendungsfähig anerkannt werden:

..... EURO ..... Begründung: .....

Gesamtvolumen			Fördervorhaben			
.....	EURO	..... %	Eigenmittel	.....	EURO	..... %
.....	EURO	..... %	Bundesmittel	.....	EURO	..... %
.....	EURO	..... %	Bundesmittel	.....	EURO	..... %
.....	EURO	..... %	Landesmittel	.....	EURO	..... %
.....	EURO	..... %	.....	.....	EURO	..... %
.....	<b>EURO</b>	..... %	<b>insgesamt</b>	.....	<b>EURO</b>	..... %

Die Zuwendung wird nur gewährt, wenn die Gesamtfinanzierung gesichert ist.

Bei Kosten-/Ausgabenunterschreitungen gilt die Nummer 2 ff. ANBest-P. Ich weise Sie darauf hin, dass die Zuwendung nur insoweit und nicht eher angefordert werden darf, als sie innerhalb von zwei Monaten nach der Auszahlung für fällige Zahlungen benötigt wird.

Die gegebenenfalls anfallende Zinserhebung beträgt derzeit ..... Prozentpunkte über dem Basiszinssatz nach § 247 des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB).

#### Abweichungen

Abweichungen vom Finanzierungsplan, die über die Ermächtigung der Nummer 1.2 ANBest-P hinausgehen, bedürfen meiner vorherigen schriftlichen Zustimmung. Dem Antrag ist eine Neufassung des Finanzierungsplanes beizufügen. Eine Erhöhung der mit diesem Schreiben bewilligten Zuwendung ist ausgeschlossen.

#### Mittelbereitstellung

Ich beabsichtige, die Mittel kassenmäßig wie folgt zur Verfügung zu stellen:

im Haushaltsjahr 20 ..... EURO  
im Haushaltsjahr 20 ..... EURO  
im Haushaltsjahr 20 ..... EURO

Zeitliche Verschiebungen des Mittelbedarfes sind mir unverzüglich mitzuteilen. Änderungen des Zahlungsplanes stehen unter dem Vorbehalt der mir kassenmäßig zur Verfügung stehenden Mittel. Ich behalte mir vor, diese Mittel später auszuzahlen, da kein Rechtsanspruch auf Änderung des Finanzierungsplanes besteht. Ausgaben für gegebenenfalls erforderliche Zwischenfinanzierung haben Sie zu tragen, da sie nicht zuwendungsfähig sind.

#### Mittelanforderung

Die Mittelanforderung ist gemäß Anhang 8 BbgRZBau gegebenenfalls über die die Bauausführung überprüfende Stelle der fachlich zuständigen Landesbauverwaltung einzureichen. Die Zuwendung wird ganz oder in Teilbeträgen auf Anforderung ausgezahlt, wenn

- der Zuwendungsbescheid Bestandskraft hat (Ablauf der Widerspruchsfrist)<sup>3</sup>,
- die im Finanzierungsplan vorgesehenen Zuwendungen der übrigen öffentlichen Zuwendungsgeber bewilligt worden sind,
- bei Fehlbedarfsfinanzierung die vorgesehenen eigenen und sonstigen Mittel des Zuwendungsempfängers verbraucht sind,
- bei Anteil- oder Festbetragsfinanzierung der jeweilige Finanzierungsanteil fällig wird,
- dem Zuwendungsgeber die folgenden Unterlagen vorgelegt werden:

.....  
.....  
.....

<sup>3</sup> Sie können die Bestandskraft des Genehmigungsbescheides vorzeitig herbeiführen, indem Sie auf dem beigelegten Muster der Empfangsbestätigung zusätzlich erklären, dass Sie auf die Einlegung eines Rechtsbehelfs verzichten.

**Verwendungsnachweis**

Ich weise Sie darauf hin, dass im Verwendungsnachweisverfahren Abweichungen von den VV zu § 44 LHO nur in begründeten Fällen zugelassen werden können. Der Verwendungsnachweis ist bezüglich der Mittel des/der<sup>2</sup> ..... mir gegenüber zu führen.

Das gilt auch bei Förderung derselben Zuwendungsbaumaßnahme durch mehrere Stellen für die mit diesem Bescheid bewilligten Bundes-/Landesmittel des/der<sup>2</sup> .....

Der Verwendungsnachweis ist von Ihnen unverzüglich - innerhalb von sechs Monaten nach Erfüllung des Zuwendungszwecks, spätestens jedoch mit Ablauf des sechsten auf den Bewilligungszeitraum folgenden Monats - bei der Bewilligungsbehörde, dem/der<sup>2</sup> ..... , zur fachlichen Prüfung einzureichen. Unabhängig hiervon bitte ich, mir eine Ausfertigung des Verwendungsnachweises (ohne Anlagen) unmittelbar nach Abschluss der Maßnahme zukommen zu lassen.

Im Falle einer Vorprüfung durch eine eigene Prüfeinrichtung weise ich Sie auf die Kenntlichmachung im Verwendungsnachweis hin.

**Zwischennachweis**

Bei Baumaßnahmen, deren Durchführung sich über ein Haushaltsjahr hinaus erstreckt, ist der Bewilligungsbehörde innerhalb von vier Monaten nach Ablauf des Haushaltsjahres über die in diesem Jahr erhaltenen Beträge ein Zwischennachweis gemäß Muster 3 zu erstellen. Die fachlich zuständige Landesbauverwaltung erhält eine Durchschrift.

**Nebenbestimmungen**

Neben den unverändert verbindlich geltenden Anlagen und Nebenbestimmungen dieses Zuwendungsbescheides weise ich Sie besonders auf Ihre Verpflichtung zur Beachtung und zur Einhaltung/Anwendung<sup>2</sup> folgender Punkte hin:

.....  
.....

**Sonstige Bestimmungen**

Ferner sind Sie zur Einhaltung folgender baufachlicher/verwaltungstechnischer Auflagen<sup>2</sup> verpflichtet:

.....  
.....

Gesondert nachzuweisen ist/sind:<sup>2</sup>

.....  
.....

**Empfangsbestätigung**

Bitte bestätigen Sie mir umgehend den Eingang des Zuwendungsbescheides gemäß dem beigefügten Muster zur Empfangsbestätigung.

**Rechtsbehelfsbelehrung**

Gegen diesen Bescheid einschließlich der Nebenbestimmungen kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch/Klage beim Verwaltungsgericht ..... schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle erhoben werden.

Die Klage muss den Kläger, den Beklagten und den Gegenstand des Klagebegehrens bezeichnen. Sie soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben werden. Der Klage nebst Anlagen sollen so viele Abschriften beigefügt werden, dass alle Beteiligten eine Ausfertigung erhalten. Sie können die Bestandskraft des Genehmigungsbescheides vorzeitig herbeiführen, indem Sie auf dem beigefügten Muster der Empfangsbestätigung zusätzlich erklären, dass Sie auf die Einlegung eines Rechtsbehelfs verzichten.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

gezeichnet

beglaubigt

Frau/Herr<sup>2</sup> .....

Frau/Herr<sup>2</sup> .....

<sup>2</sup> Nichtzutreffendes bitte streichen.

**Empfangsbestätigung**

**Anhang 12**  
(Muster/Empfangsbestätigung)

An Zuwendungsgeber	Zuwendungsempfänger
Auskunft erteilt	
Telefon Nr./E-Mail	

Betreff:

(Baumaßnahme, Ort, Straße)

Bezug:

Ihr Zuwendungsbescheid vom .....

Den o. a. Zuwendungsbescheid habe ich am ..... erhalten.  
Ich verzichte auf die Einlegung eines Rechtsbehelfs.

Mit der Zuwendungsbaumaßnahme wird voraussichtlich am ..... begonnen werden. Den tatsächlichen Beginn der Maßnahme werde ich unmittelbar nach der Arbeitsaufnahme anzeigen.

Zur Anforderung von Zahlungen bevollmächtige ich hiermit folgende Personen:

.....

.....

.....

....., den .....  
(Ort) (Datum) (Rechtsverbindliche Unterschrift des ZE)

## Anhang 13

### Erläuterungen der „stichprobenweisen“ Prüfung im Sinne der BbgRZBau

**Die Prüfung muss neben einer Prüfung der Unterlagen auf Vollständigkeit stichprobenweise in einem Umfang durchgeführt werden, dass die sparsame und wirtschaftliche Verwendung der Zuwendungsmittel im Hinblick auf Funktionsfähigkeit, Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit der Planung und Durchführung der Zuwendungsmaßnahme gewährleistet ist und wesentliche Mängel von allgemeiner Bedeutung nicht unentdeckt bleiben.**

#### 1 Stichprobenweise Prüfung der Bauunterlagen

Eine stichprobenweise Prüfung der Bauunterlagen nach Nummer 7 der Baufachlichen Ergänzungsbestimmungen zu den Allgemeinen Verwaltungsvorschriften zu § 44 LHO (EZBau) und nach laufender Nummer 8 der Verfahrensregeln (BbgRZBau) soll insbesondere in folgenden Bereichen vorgenommen werden:

- Nachweis des Eigentums am Baugrundstück,
- Angemessenheit der Größe des zu fördernden Grundstücks,
- bei Förderung des Grundstücks die Angemessenheit des Kaufpreises oder Wertes,
- Erschließungsmaßnahmen,
- baurechtliche Voraussetzungen,
- Planung und Konstruktionen,
- Kosten und ihre Zuordnung zu den Kostengruppen der DIN 276<sup>1</sup> (Gebäudedatenblätter - Neubau und Bauen im Bestand),
- Ausstattung und deren Kosten.

#### Der Umfang der Prüfung ist kenntlich zu machen.

#### 2 Stichprobenweise Überprüfung der Bauausführung

Bei der Überprüfung der Bauausführung nach Nummer 8 EZBau und nach laufender Nummer 11 der Verfahrensregeln (BbgRZBau) sollen insbesondere folgende Tätigkeiten stichprobenweise wahrgenommen werden:

- Überprüfung der Vergabe- und Vertragsunterlagen auf Einhaltung
  - der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen (VOB),
  - der Vergabe- und Vertragsordnung für Leistungen (VOL),
  - der Vergabeordnung für freiberufliche Leistungen (VOF),
  - gegebenenfalls des Vergabehandbuches (VHB),
  - der besonderen und zusätzlichen Vertragsbedingungen (Schwellenwerte, Verjährungsfristen für die Mängelansprüche, Vertragsstrafen, Sicherheitsleistungen, Preisgleitklausel, Bürgschaften) und
  - der beschriebenen Leistung,
- Vergleich der Bauausführung mit der der Bewilligung zugrunde liegenden Planung,

- Überprüfung der Einhaltung der baufachlichen Bedingungen und Auflagen,
- Überprüfung der Einhaltung des Gesamtkostenrahmens und der rechtzeitigen Veranlassung von Nachträgen,
- Überprüfung der Qualität der Bauausführung,
- gegebenenfalls Mitwirkung bei der Mittelanforderung (Anhang 8),
- Überprüfung der ordnungsgemäßen Abrechnung der Bauleistung (prüfbare Rechnungsbelege mit Massennachweisen und Abrechnungszeichnungen),
- Überprüfung der sachgerechten Buchung der Bauausgaben (Bauausgabenbuch gegliedert nach der DIN 276<sup>1</sup>)
- Einwirkung auf den Zuwendungsempfänger, damit der Verwendungsnachweis ordnungsgemäß und rechtzeitig aufgestellt wird.

#### Das Ergebnis ist aktenkundig zu machen.

#### 3 Stichprobenweise Prüfung des Verwendungsnachweises

Für die stichprobenweise Prüfung des Verwendungsnachweises nach Nummer 9 EZBau und nach laufender Nummer 18 der Verfahrensregeln (BbgRZBau) sind folgende Punkte zu beachten:

- Feststellung einer eventuellen Vorprüfung durch den Zuwendungsempfänger (ZE) (nur wenn der ZE der öffentlichen Hand eine eigene Prüfinstanz unterhält).
- Kontrolle der Vollständigkeit der Unterlagen:
  - Zuwendungsbescheid,
  - geprüfte Bauunterlagen,
  - Nachweis der stichprobenweisen Überprüfung der Bauausführung (Anhang 6),
  - Verwendungsnachweis (Muster 2 NBest-Bau) einschließlich Sachbericht,
  - Anlagen zum zahlenmäßigen Nachweis, das sind unter anderem Berechnung der Flächen und Rauminhalte, Bauausgabebuch gegliedert nach DIN 276<sup>1</sup>, Rechnungsbelege,
  - die anerkannten und mit der Bauausführung übereinstimmenden Bauzeichnungen,
  - bauaufsichtliche Genehmigungen mit Schlussabnahmebescheid,
  - Begründung von Kostenänderungen, Begründung von etwaigen Flächenüberschreitungen.
- Prüfen der Angaben im Verwendungsnachweis auf Übereinstimmung mit der Örtlichkeit.
- Überprüfung der Einhaltung der baufachlichen Bedingungen und Auflagen.
- Prüfung der Rechnungsbelege. Die Prüfung ist kenntlich zu machen.
- Feststellung der aus baufachlicher Sicht förderfähigen Kosten.
- Feststellung baulicher Mängel und Überwachung der Mängelbeseitigung.

<sup>1</sup> In der vom Land eingeführten Fassung.